Donnerstag, 25. August 1932
Nr. 191. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf
Reichsausgabe

Sächsische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Die Folgen der Todesurteile

Hitler wird wild — Scharfe Gegenerklärung der Regierung — Entscheidungen über Strafvollstreckung erst später

Adolf Hitler veröffentlicht im „Völkischen Beobachter" einen Aufruf, den wir als Beispiel nationalsozialistischen Geistes und auch wegen der politischen Bedeutung, die er wahrscheinlich für die weitere Entwicklung des Verhältnisses der Nationalsozialisten zur Papen-Regierung haben wird, unseren Lesern im Wortlaut mitteilen. Der Aufruf lautet:

„Am selben Tage fast, an dem die Mörder und Peiniger unserer Ohlauer Parteigenossen mit geringen Strafen davonkamen, haben die Gerichte der Regierung des Herrn von Papen fünf Nationalsozialisten zum Tode verurteilt. Deutsche Volksgenossen, wer von Euch ein Gefühl für den Kampf um die Ehre und Freiheit der Nation besitzt, wird verstehen, weshalb ich mich weigerte, in diese bürgerliche Regierung einzutreten. Die Justiz des Herrn von Papen wird am Ende vielleicht Tausende von Nationalsozialisten zum Tode verurteilen. Glaubte man dieses von Blindheit geschlagene, das ganze Volk herausfordernde Vorgehen auch mit meinem Namen decken zu können? Die Herren irren sich. Herr von Papen, Ihre blutige Objektivität kenne ich nicht. Ich wünsche dem nationalen Deutschland den Sieg und seinen marxistischen Zerstörern und Verderbern die Vernichtung. Zum Henker der nationalen Freiheitskämpfer des deutschen Volkes aber eigne ich mich nicht.

Mit dieser Tat ist unsere Haltung diesem „nationalen Kabinett" gegenüber endgültig vorgezeichnet. Es mag der Himmel über uns Qualen über Qualen schicken, unsere Bewegung wird auch mit dieser Regierung der Hinrichtung unserer Mitkämpfer fertig werden. Herr von Papen kann ruhig solche Bluttribunale über unsere Bewegung setzen. Die Kraft der nationalen Erhebung wird mit diesem System so sicher fertig, wie sie den Marxismus trotz dieser Versuche zu seiner Rettung dennoch beseitigen wird.

Angesichts dieses ungeheuerlichsten Blutur teils gibt es für uns erst recht nur einen einzigen Lebensinhalt: Kampf und wieder Kampf. Wir werden den Begriff „national" befreien von dieser Umklammerung, deren wirkliches innerliches Wesen das Urteil von Beuthen gegen das nationale Deutschland aufzeigt. Herr von Papen hat damit seinen Namen mit dem Blute nationaler Kämpfer in die deutsche Geschichte eingezeichnet. Die Saat, die daraus aber aufgehen wird, soll man künftig nicht nur durch Strafen beschwichtigen können. Der Kampf um das Leben unserer fünf Kameraden setzt nun ein."

Starke Worte der Papen-Regierung

Berlin, 23. August.

CNB. Die Reichsregierung und die Preußische Staatsregierung veröffentlichen im Zusammenhang mit der politischen Situation, die sich nach dem Beuthener Urteil ergeben hat, die folgende Kundgebung. Es handelt sich um eine amtliche Kundgebung, auf deren Abdruck die Reichsregierung entscheidenden Wert legt. Sollte die Kundgebung von einzelnen Zeitungen nicht gebracht werden, so wird sie, wie wir erfahren, den betreffenden Zeitungen auf Grund einer Zwangsauflage zugehen. Blätter, die sich weigern, sie zu veröffentlichen, werden verboten werden.

Die Kundgebung hat folgenden Wortlaut:

„Gezwungen durch Gewalttaten im innerpolitischen Kampf, welche das Ansehen des Reiches aufs schwerste gefährdeten, hat der Herr Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung die schärfsten Strafen gegen den politischen Terror verhängt. Mit dem Augenblick, in dem diese Verordnung in Kraft getreten ist, muß sie gleichmäßig gegen jedermann, der Recht und Gesetz verletzt, ohne Ansehen der Partei oder der Person Anwendung finden. Die Reichsregierung wird nötigenfalls alle Machtmittel des Staates einsetzen, um den Vorschriften des Rechts unparteiisch Geltung zu verschaffen, und wird nicht dulden, daß sich irgendeine Partei gegen ihre Anordnungen auflehnt. Ebensowenig wird sich die preußische Staatsregierung durch politischen Druck in der pflichtmäßigen Prüfung beeinflussen lassen, ob sie ihr Begnadigungsrecht im Falle der Beuthener Todesurteile ausüben kann.

Die leidenschaftlichen Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen diese Urteile erhoben worden sind, sollten sich gegen die Urheber der blutigen Ereignisse und nicht gegen die Staatsgewalt richten, die im Interesse der Gesamtheit zu so scharfen Maßnahmen greifen mußte.

Die Reichsregierung wird jedem Versuch, die Grundsätze des Rechtsstaates zu verfälschen und die politischen Leidenschaften zu erneuten Ausschreitungen aufzustacheln, zu begegnen wissen."

Die Rechtslage

Berlin, 23. August.

Hinsichtlich der weiteren Behandlung der von dem Sondergericht in Beuthen gefällten Todesurteile wird von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Auf das Verfahren der Sondergerichte finden gemäß § 7 der Verordnung der Reichsregierung vom 9. August 1932 die Vorschriften der Strafprozeßordnung Anwendung, soweit nicht in der Verordnung ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Daher ist die Vollstreckung von Todesurteilen, auch wenn sie von Sondergerichten gefällt sind, gemäß § 453 der Strafprozeßordnung erst zulässig, wenn die Entschließung der zur Ausübung des Gnadenrechts berufenen Stelle ergangen ist, von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen. Da die Sondergerichte Ländergerichte sind, ist die zur Ausübung des Gnadenrechts berufene Stelle in diesem Falle nicht der Reichspräsident oder die Reichsregierung, sondern gemäß Artikel 54 der Preußischen Verfassung die Preußische Staatsregierung.

Das Verfahren regelt sich, wie bei allen Todesurteilen preußischer Gerichte, nach der Allgemeinen Verfügung vom 26. 8. 1919 über die Zuständigkeit und das Verfahren in Gnadensachen. Danach hat der Oberstaatsanwalt, nachdem er zunächst die Stellungnahme des Generalstaatsanwalts eingeholt hat, die Akten mit seiner Aeußerung dem Beauftragten für Gnadensachen vorzulegen. Dieser hat in jedem Falle, ohne auf die Einreichung eines Gnadengesuches zu warten, mit größter Beschleunigung an den Justizminister zu berichten. Seinem Bericht hat er eine Aeußerung des Vorsitzenden des Sondergerichts, des Gnadenanwalts und etwa noch anderer von ihm gehörter Stellen beizufügen.

Es ist selbstverständlich, daß neben tunlichster Beschleunigung allen beteiligten Stellen mit Rücksicht auf die Bedeutung der Angelegenheit sorgfältigste Prüfung obliegt.

Vernebelungsmanöver

Das Urteil des Beuthener Sondergerichts über den Mord von Potempa ist nach der rechtlichen Seite hin vollkommen unantastbar: Eine Gruppe von Männern ist nachts gewaltsam in eine Wohnung eingedrungen und hat einen schlafend im Bett liegenden Mann erschlagen. Auf diese Tat steht nach der Notverordnung vom 9. August, die von den Nationalsozialisten seinerzeit mit Jubel begrüßt wurde, die Todesstrafe. Dementsprechend hat das Gericht entschieden.

Die deutschnationale und nationalsozialistische Presse ist dabei, diesen klaren Tatbestand zu verdrehen. Der Verteidiger der Verurteilten, der nationalsozialistische Rechtsanwalt Luetgebrune, ist dabei tonangebend. Er veröffentlicht — unter anderm in der „Schlesischen Zeitung", deren mörderfreundliche Gesinnung wir gestern gekennzeichnet haben — einen Artikel, in dem im Gegensatz zum Ergebnis der Beweisaufnahme es so dargestellt wird, als hätten die Verurteilten dem Ermordeten lediglich „eine ordentliche Tracht Prügel verabfolgt". Wörtlich heißt es in diesem Artikel: „Die zahlreichen Verletzungen des Geschlagenen waren sämtlich nicht tödlich. Durch eine nicht aufgeklärte Gewalteinwirkung — wahrscheinlich war Pietrzuch, als er beim Ringen mit seinen Angreifern zu Boden gefallen war, auf die Kante eines Waschbottichs aufgeschlagen — erhielt Pietrzuch eine innere Zerreißung einer Halsader und eine schwere Verletzung des Kehlkopfes. Die dadurch verursachten Blutungen sind in die Luftwege eingedrungen und haben den Tod des Mannes durch Ersticken herbeigeführt."

So wird die Oeffentlichkeit belogen! Wir werden uns nicht wundern, wenn wir morgen in der nationalsozialistischen und deutschnationalen Presse lesen, der Arbeiter Pietrzuch sei überhaupt nicht getötet worden, sondern habe — vielleicht aus Liebeskummer — Selbstmord begangen. Diese Leute wie Luetgebrune, diese Rechtsanwälte, Fememörder und Redakteure, die in einer so gewissenlosen Weise die Oeffentlichkeit irreführen und neue Bluttaten vorbereiten — sie sind die wahrhaft Schuldigen, sie gehören, wir wiederholen es, auf die Anklagebank und gegen sie wäre keine Strafe schwer genug!

Kundgebung der Reichsbanner-Leitung

Berlin, 23. August.

CNB. Die Bundespressestelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veröffentlicht ihre Auffassung über die Sondergerichtsurteile in Brieg und Beuthen. Sie lehnt es dabei ab, die Fälle von Ohlau und Potempa als gleichwertig zu betrachten, da es sich in dem Ohlauer Fall um eine allgemeine Schlägerei gehandelt habe, die zu Verletzungen mit tödlichem Ausgang geführt hätte, während sie in den Ereignissen in Potempa einen planmäßigen, mit Absicht und voller Ueberlegung durchgeführten Mord an einem Schlafenden erblickt. Die Bundespressestelle des Reichsbanners bezeichnet das Urteil in Brieg als „den völlig mißglückten Versuch, den Vorgängen während des blutigen Sonntags in Ohlau gerecht zu werden", hält auch an der Auffassung fest, daß das Sondergericht in Brieg nicht zuständig gewesen wäre. Mit Nachdruck wird betont, daß gegen das Urteil des Sondergerichts in Brieg wegen der Vorgänge in Ohlau nichts unversucht gelassen werden würde, um das „unerträgliche Urteil von Brieg" abzuändern, und daß die vor kurzem gegründete Gefangenen- und Verwundetenhilfe des Reichsbanners den Verurteilten und ihren Angehörigen zur Seite stehen werde.

Der Zick-Zack-Kurs der KPD

Von Max Köhler.

In der „Roten Fahne" vom Freitag, den 19. August, veröffentlicht die Bezirksleitung der KPD-Brandenburg eine Resolution zu den Wahlergebnissen. Die Resolution ist insofern von besonderer Bedeutung, als sie den Kurs zeigt, den die KPD in der nächsten Zeit steuern will. Hoffnungen, die auf eine Aenderung des für die Arbeiterklasse zu verderblichen Kurses der KPD-Führung bauten, werden durch diese Resolution rücksichtslos zerstört. Der Ueberraschungserfolg, den die KPD bei den Reichstagswahlen verzeichnen konnte, führt im Gegenteil zu einer verstärkten Neuauflage des sektirerischen und unkommunistischen Kurses der KPD-Führung. Der Ueberraschungserfolg kann zwar für eine kurze Zeit die kritischen Stimmungen, die in der KPD sich vor den Wahlen mehrten, und die auf einen Bruch mit der opportunistischen sektirerischen Politik der KPD-Führung drängten, unterdrücken, aber er kann die Aktionsunfähigkeit der KPD, wie sie sich insbesondere am 20. Juli, am Tage des Staatsstreiches, zeigte, nicht verdecken.

In der Resolution der Berliner Bezirksleitung heißt es:

„Die Hauptursachen des unbefriedigenden Wahlergebnisses für Groß-Berlin sind folgende:

1. Teilweises Zurückweichen vor dem faschistischen Terror in den Betrieben und Wohngebieten. . . .

2. Versagen der Parteiorganisation am 20 Juli, wo es nicht gelang, unmittelbar Massenaktionen und Massenstreiks durchzuführen. Dabei zeigte sich offensichtlich die Folge der Vernachlässigung der innergewerkschaftlichen Arbeit, die es der Gewerkschaftsbürokratie möglich machte, die Arbeiter am Streikkampf zu verhindern.

3. Ungenügende Anwendung der Einheitsfronttaktik in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Wohngebieten, gegen den Faschismus, was sich besonders im Wahlergebnis verschiedener Arbeiterbezirke zeigt. Auch das Angebot der Bezirksleitung an die SPD zur gemeinsamen Demonstration war geeignet, Illusionen über die Politik der SPD zu erwecken und die Initiative zur Entfaltung von Einheitsfrontaktionen in den Betrieben, in den Stempelstellen und in den Wohngebieten zu hemmen.

4. Ungenügende Anleitung der Zellen der eigenen Initiative in der Organisierung der kämpfenden Einheitsfront gegen den Faschismus."

Die Resolution gesteht die Aktionsunfähigkeit der KPD ein. Wer aber glaubt, daß diesem Eingeständnis eine Aenderung des Kurses der KPD-Führung folgen würde, der irrt. Im Gegenteil, die Ansätze, die die Berliner Bezirksleitung unter dem Druck der von uns verfolgten Politik zur Herstellung der Einheitsfront machte, werden liquidiert. Die Theorie des Sozialfaschismus wird erneut in den Vordergrund geschoben. Die Aufforderung zur verstärkten Arbeit in den Gewerkschaften ist eine Phrase, weil die RGO-Politik aufrechterhalten wird. Die selbständigen Verbände bleiben bestehen.

Eine der entscheidenden Ursachen für die Aktionsunfähigkeit der KPD besteht aber in der RGO-Politik, in der Schaffung von eigenen Gewerkschaften.

„Der beste Maßstab der Stärke jeder kommunistischen Partei ist der wirkliche Einfluß, den sie auf die Massen der Arbeiterschaft, in den Gewerkschaften ausübt. Die Partei muß verstehen, ihren entscheidenden Einfluß auf die Gewerkschaften ausüben zu können, ohne die Gewerkschaften kleinlich bevormunden zu wollen. . . .

Nur durch die dauernde aufopfernde und einsichtsvolle Arbeit der kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften kann und soll die Partei einen solchen Stand erreichen, wo die Gewerkschaft als Ganzes mit Freude und Bereitschaft den Ratschlägen der Partei folgen."

So heißt es in der Resolution des 3. Weltkongresses der Kominternes von 1921 über die kommunistische Internationale und die rote G.I. Die KPD macht seit Jahren und auch jetzt das genaue Gegenteil von dem. Deshalb ist heute ihr Einfluß in den freien Gewerkschaften und damit in den Betrieben gleich Null. Das muß selbst die Bezirksleitung der KPD jetzt bestätigen. Die innergewerkschaftliche Arbeit soll darum verstärkt werden. Aber mit welchem Ziel? Mit dem Ziel, die RGO zu stärken? Diese Politik aber ist es, die im Gegensatz zu einer wirklich marxistisch, revolutionären, d. h. kommunistischen Politik steht. Die RGO-Politik, die Schaffung von eigenen Gewerkschaften, hat gerade im entscheidenden Maße zur Ohnmacht der KPD in den Betrieben geführt. Sie ist ein Verstoß gegen die Beschlüsse, die die Kommintern in der besten Zeit ihres Bestehens gefaßt hat. In derselben oben angeführten Resolution des 3. Weltkongresses heißt es:

„Die Hauptaufgabe der nächsten Etappe für alle Kommunisten besteht darin — ausdauernd, energisch, hartnäckig daran zu arbeiten, die Mehrheit der Arbeiter in allen Gewerkschaften zu gewinnen, sich keinesfalls durch die gegenwärtigen reaktionären Stimmungen in den Gewerkschaften entmutigen zu lassen, sondern darauf hinzuarbeiten zu suchen, durch die richtige Teilnahme an allen Alltagskämpfen die Gewerkschaften trotz allen Widerstandes für den Kommunismus doch zu gewinnen."

Die Arbeit in den Gewerkschaften setzt voraus die Liquidierung des gewerkschaftsfeindlichen Kurses, die Aufgabe der RGO-Politik und die Bejahung der freien Gewerkschaften als die gegebenen Organisationen der Arbeiterklasse. Alle Zweideutigkeiten auf diesem Gebiet werden nur die Entwicklung der Arbeiterschaft zum revolutionären Kampf hemmen und von uns mit aller Entschiedenheit bekämpft werden.

So wenig, wie die KPD ihre RGO-Politik aufgibt, ebensowenig vollzieht sie eine Wendung in ihrer sektirerischen Einheitsfrontpolitik. In der Bezirksleitungsresolution wird ausdrücklich festgestellt: „Auch das Angebot der Bezirksleitung an die SPD zur gemeinsamen Demonstration war geeignet, Illusionen über die Politik der SPD zu erwecken, und die Initiative zur Entfaltung von Einheitsfrontaktionen in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Wohngebieten zu hemmen."

Die Maßnahme, die eventuell als Ansatz für eine Aenderung der falschen Einheitsfrontpolitik der KPD-Führung anzusehen waren, wird hiermit ausdrücklich verurteilt. Die Regierung der Einheitsfront-Taktik durch die KPD fördert die Sabotage der Reformisten und erleichtert ihnen ihr demagogisches Spiel gegen kritisch gestimmte Mitglieder der SPD. Die KPD hat auch hier den revolutionär marxistischen Weg verlassen, wie er in folgenden Sätzen des 3. Kongresses umrissen ist:

„Angesichts dessen, daß in Westeuropa und Amerika, wo die Arbeitermassen in Gewerkschaften und politischen Parteien organisiert sind, wo also bis auf weiteres auch spontane Bewegungen nur in sehr seltenen Fällen zu rechnen ist, haben die kommunistischen Parteien die Pflicht, zu versuchen, durch die Aufbietung ihres Einflusses in den Gewerkschaften, durch die Erhöhung des Druckes auf andere sich auf die Arbeitermassen stützende Parteien die gemeinsame Entfaltung des Kampfes um die nächstliegenden Interessen des Proletariats, anzustreben, wobei, falls die nichtkommunistischen Parteien in diesen Kampf hineingezwungen werden, die Aufgabe der Kommunisten darin besteht, die Arbeitermassen von vornherein auf die Möglichkeit des Verrats seitens der nichtkommunistischen Parteien in einem nachfolgenden Stadium des Kampfes vorzubereiten, die Situation möglichst zu verschärfen und weiterzutreiben, um befähigt zu sein, den Kampf evtl. selbständig weiterzuführen. (Vgl. den offenen Brief der VKPD, der als Ausgangspunkt für Aktionen vorbildlich sein kann.)"

Und Lenin sagte in seiner Rede über die Taktik:

„Daß . . . der offene Brief für opportunistisch erklärt wird, das ist eine Schmach und Schande, wozu dann der Kampf gegen die KAPD? Der offene Brief ist vorbildlich . . . vorbildlich als erster Akt der praktischen Methode, um wirklich die Mehrheit der Arbeiterklasse zu bekommen."

Die KPD- und die Kommintern-Führung haben heute längst die Lehre Lenins liquidiert. Die Ursache für die Liquidierung dieser Leninschen Taktik und die Strategie besteht in der unmarxistischen Theorie Stalins vom Sozialfaschismus. In der Resolution der Bezirksleitung der KPD wird diese Auffassung Stalins erneut als richtig zitiert:

„Der Faschismus ist das Ueberfallkommando der Bourgeoisie, das sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie stellt objektiv den gemäßigten Flügel des Faschismus dar. Wir haben keine Veranlassung anzunehmen, daß das Ueberfallkommando der Bourgeoisie entscheidende Erfolge im Kampf oder in der Staatsführung ohne aktive Unterstützung der Sozialdemokratie erreichen kann."

Ist die Sozialdemokratie ein Teil des Faschismus, so kann es selbstverständlich mit der Sozialdemokratie keinen gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, und sei es nur um nächstliegende Tagesfragen, geben.

So richtig es ist, daß die Sozialdemokratie durch ihre Arbeitsgemeinschaft, Koalitions- und Tolerierungspolitik dem Faschismus den Boden durch die Enttäuschung der Arbeiter vorbereitet hat, so falsch ist es, die SPD als einen Teil des Faschismus zu bezeichnen. Die SPD ist eine reformistische kleinbürgerliche Arbeiterpartei. Und so wie der Faschismus gegen den revolutionären Teil der Arbeiterbewegung mit Terrormaßnahmen vorgehen muß, um sich durchzusetzen, so muß er auch den reformistisch kleinbürgerlichen Teil der Arbeiterbewegung vernichten, um die Macht zu erobern und besonders zu erhalten. Diese Tatsache des gemeinsamen Feindes schafft auch die Basis für die gemeinsamen Aktionen der gesamten Arbeiterklasse. Die KPD-Führung sabotiert diese gemeinsamen Aktionen, ihre Theorie und Praxis ebenso, wie die SPD-Führung.

Wer darum den Reformismus in der Arbeiterbewegung schlagen will, wer die Voraussetzungen für den gemeinsamen Kampf gegen Faschismus schaffen will, der muß mit aller Rücksichtslosigkeit und Schärfe die unkommunistische Politik der KPD-Führung und der Kommintern, ihre opportunistische, ultralinke, sektirerische und zentristische Politik bekämpfen und die SAP stärken. Die Gesundung der Arbeiterbewegung ist nur auf dem Boden des revolutionären Marxismus möglich.

Die Sondergerichte an der Arbeit

Ratibor, 23. August.

WSL. Das Sondergericht erledigte in seiner heutigen Nachmittagssitzung eine ganze Reihe von Fällen. U. a. wurden wegen schweren Diebstahls in Tateinheit mit unbefugtem Waffenbesitz verurteilt: der Dachdecker Paul Marczinek aus Groß-Peterwitz zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Einige Mittäter wurden zu Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu einem Jahr drei Monaten verurteilt. Ein Arbeitsloser erhielt wegen unbefugten Waffenbesitzes ein Jahr sechs Monate Gefängnis, ein 18jähriger Maschinenschlosser, der erst am Montag abend bei einem Radausflug im Besitz einer Pistole betroffen worden war, wurde zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Gefängnis für sozialdemokratische Arbeiter

Kiel, 23. August.

WTB. Vor dem bei dem hiesigen Landgericht eingesetzten Sondergericht fand heute vormittag die erste Verhandlung statt. Wegen Landfriedensbruches usw. hatten sich zu verantworten der Arbeiter Bracker, der Tuchmacher Wolter, der Tuchmacher Sick, der Maurer Luettjohann, der Arbeiter Warnke, der Weber Schnoor, der Arbeiter Heyden und der Schlächter Münster, sämtlich wohnhaft in Neumünster. Den ersten sieben Angeklagten, die der Eisernen Front angehören, wurde zur Last gelegt, am 24. Juli sich zusammengerottet zu haben und in der Lerchenstraße in Neumünster nationalsozialistische Zettelverteiler angegriffen und mißhandelt zu haben. Der letzte Angeklagte hatte sich wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu verantworten. Die neunstündige Verhandlung bestätigt die zur Verhandlung stehenden Vorfälle in vollem Umfange. Das Gericht verurteilte unter Zubilligung mildernder Umstände Bracker zu einem Jahr zwei Monaten, Wolter zu einem Jahr sechs Monaten, Sick zu einem Jahr vier Monaten, Luettjohann, Warnke und Schnoor zu je einem Jahr zwei Monaten, Heyden zu acht Monaten und Münster zu drei Monaten Gefängnis. Gegen sämtliche Angeklagten bis auf Münster wurde Haftbefehl erlassen.

„Widerstand gegen Staatsgewalt"

Gleiwitz, 23. August.

CNB. Vor dem Sondergericht begann heute vormittag ein Prozeß gegen zwölf Mitglieder der KPD und der kommunistischen Partei nahestehende Angeklagte. In der Nacht vom 19. zum 20. April waren die Angeklagten nach einem Festgelage in Hindenburg-Poramba wegen ruhestörenden Lärms von einer Schupostreife ermahnt worden, worauf sie mit dem Rufe: „Ran an die Polizei!" mit Pflastersteinen und Schußwaffen die Beamten angriffen. Den Angeklagten wird Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beamtennötigung, Zusammenrottung und Gewalttätigkeit zur Last gelegt.

Kommunistischer Arzt verurteilt

Glogau, 23. August.

WSL. Das Sondergericht im Landgerichtsbezirk Glogau tagte am Dienstag zum ersten Male. Angeklagt war der praktische Arzt Dr. Siegfried Berndt aus Kolzeg, der Mitglied der KPD ist. Die Anklage lautete auf groben Unfug und versuchter Beamtennötigung. Der Angeklagte war in den Abendstunden des 1. August auf dem Wege nach seiner Wohnung und hatte, nach der Anklage, aus seiner neuen Gaspistole Schüsse abgegeben. Die Folge davon war, daß sich eine Menschenmenge ansammelte. Die herbeigerufene Polizei verlangte von dem Arzt die sofortige Ablieferung der Waffe. Als dem Arzt dann die Rückgabe der Waffe verweigert wurde, sei er sehr erregt geworden und habe sich an ein Telephon begeben, um Verstärkung aus Neusalz herbeizurufen. Daran wurde er aber von einem Oberlandjäger gehindert. Der Staatsanwalt beantragte wegen Beamtennötigung sechs Monate Gefängnis und wegen ruhestörenden Lärms und groben Unfugs eine Haftstrafe von sechs Wochen. Das Urteil lautete wegen groben Unfugs auf 150 Mark Geldstrafe und wegen Beamtennötigung auf drei Monate Gefängnis.

Auch wieder gegen Kommunisten

Königsberg, 23. August.

WTB. Das Königsberger Sondergericht tagte heute zum ersten Mal und verurteilte drei kommunistische Arbeiter aus Lablau, die in der Nacht zum 8. August, also noch vor Erlaß der auf die Sondergerichte bezüglichen Notverordnung, mit Waffen in der Hand betroffen worden waren, zu zwei bis fünf Monaten Gefängnis wegen unbefugten Schußwaffenbesitzes bzw. unbefugter Waffenführung.

Solidaritätsaktion der KPD

Berlin, 23. August.

VDZ. Die kommunistische Reichstagsfraktion teilt mit, daß sie an die in Brieg verurteilten Reichsbannerleute folgendes Telegramm gerichtet habe:

„In engster Solidarität mit allen kämpfenden Proletariern verbunden, erheben wir schärfsten Protest gegen das gegen Euch und Eure Kameraden gefällte Terrorurteil.

Wir beantragen beim Zusammentritt des Reichstages sofortige Aufhebung des Urteils und Eure Freilassung. Es lebe die antifaschistische Aktion! Mit brüderlichen Kampfesgrüßen

Kommunistische Reichstagsfraktion."

„Mit dem Geist der Verfassung nicht vereinbar"

Die SPD — beschwert sich bei Papen!

Berlin, 23. August.

CNB. Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte, wie der „Abend" meldet, durch Schreiben vom 17. August beim Reichskanzler von Papen und dem mit der Vertretung der Geschäfte in Preußen beauftragten Oberbürgermeister Dr. Bracht gegen die gehäuften Maßregelungen sozialdemokratischer Beamter Beschwerde erhoben. Ueber diese Beschwerde kam es heute in der Reichskanzlei zu einer Aussprache, an der auf sozialdemokratischer Seite die Reichstagsabgeordneten Wels und Stampfer, auf Seiten der Regierung Herr von Papen, Dr. Bracht und Staatssekretär Planck teilnahmen.

Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten, daß die fortgesetzten Amtsenthebungen und Zurdispositionstellungen von Sozialdemokraten einer Diffamierung der sozialdemokratischen Partei gleichkämen und mit dem Geiste der Verfassung in keiner Weise zu vereinbaren seien. Auch bestritten sie der kommissarischen Preußenregierung die staatsrechtliche Legitimation zu einem derartigen Vorgehen. Die Vertreter der Sozialdemokratie brachten sodann auch die Sprache auf das unerhörte Zuchthausurteil von Brieg, das nur dadurch habe zustandekommen können, daß die Angeklagten widerrechtlich ihrem ordentlichen Richter entzogen wurden.

Zum Schluß der Aussprache erklärten die sozialdemokratischen Vertreter, die ihnen auf ihre Vorstellungen gewordenen Aufklärungen von seiten der Reichs- und der preußischen Regierung seien nicht geeignet, auf sie beruhigend zu wirken.

Der Staatsgerichtshof läßt sich Zeit

Wie wir hören, hat der Staatsgerichtshof einen Termin für die Hauptverhandlung über die Klage des abgesetzten preußischen Staatsministeriums gegen das Reich wegen Verfassungswidrigkeit der Reichsexekution gegen Preußen noch nicht festgesetzt. Es ist nicht damit zu rechnen, daß der Termin vor Beendigung der Gerichtsferien, also vor dem 15. September, stattfinden wird.

Und auf diese Entscheidung des Staatsgerichtshofes haben die Führer der Eisernen Front die sozialdemokratischen Arbeiter an jenem 20. Juli vertröstet, an dem es darauf angekommen wäre, sich zur Wehr zu setzen!

Willkürherrschaft im Thüringer Landtag

In der Eröffnungssitzung des neugewählten Thüringer Landtages wurde zum Präsidenten der nationalsozialistische Abgeordnete Marschler, zum ersten Vizepräsidenten ein Landbündler und zum zweiten Vizepräsidenten wieder ein Nationalsozialist gewählt. Die sozialdemokratische Fraktion, die als zweitstärkste, und die kommunistische, die als drittstärkste auf die Vizepräsidentenposten Anspruch gehabt hätten, wurden selbstverständlich ausgeschaltet. Nationalsozialisten und Landbund scheinen sich auch über die Wahl der Regierung, die am Freitag vorgenommen werden soll, einig zu sein.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gedachte der nationalsozialistische Präsident der Opfer der „Niobe". Die kommunistische Fraktion erhob sich, im Gegensatz zu den anderen Abgeordneten, hierbei nicht von den Plätzen. Daraufhin schloß der nationalsozialistische Präsident die ganze kommunistische Fraktion, einschließlich eines fehlenden Abgeordneten, für drei Sitzungstage von den Verhandlungen aus. In der Geschäftsordnung des Landtages ist eine solche Maßnahme selbstverständlich nicht vorgesehen.

Die preußischen Koalitionsverhandlungen vertagt

Die für den 23. August in Aussicht genommenen weiteren Besprechungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten über die Frage der preußischen Regierungsbildung sind bis Ende der Woche vertagt worden. Sowohl das Zentrum wie auch die Nationalsozialisten halten inzwischen noch gesonderte Besprechungen ab, um in ihren Reihen zunächst die Situation zu klären.

Die „Arbeiterzeitung" blamiert sich

Die „Arbeiter-Zeitung", das kommunistische Organ für Schlesien, ist über unseren gestrigen Artikel zu den Beuthener Todesurteilen völlig aus der Fassung geraten; das Blatt kreischt hysterisch, „die Presse von Heines bis Seydewitz" (!) sei für Begnadigung der Nazimörder. Das kommunistische Organ unterschlägt alle politischen Argumente, die wir in diesem Zusammenhang gebracht haben, es unterstellt uns wider besseres Wissen, wir seien „aus pazifistischen Gründen" gegen die Todesstrafe. Kein Wort davon stand in unserem Artikel, kein Wort davon ist wahr. Die kommunistischen Redakteure können und wollen nicht verstehen, was uns zu unserer Stellungnahme veranlaßt.

Die „Arbeiter-Zeitung" regt sich weiter darüber auf, daß wir nicht die Beseitigung der Sondergerichte gefordert hätten. Wir haben so oft und so eindeutig gegen die Sondergerichte Stellung genommen, daß dieser Vorwurf nur lächerlich wirken kann. Aber die „Arbeiter-Zeitung" merkt in ihrer Aufregung gar nicht, welcher Widerspruch darin liegt, in gleichem Atemzuge die Aufhebung der Sondergerichte zu fordern und dann als Kommunisten zuzustimmen, daß diese Sondergerichte über Leben und Tod von politisch Angeklagten entscheiden. Der Wahnwitz der kommunistischen Taktik führt also dahin, daß eine Kommunistische Partei ausdrücklich konterrevolutionären Standgerichten und einer reaktionären Regierung das Recht zubilligt, Hinrichtungen von politischen Verurteilten vorzunehmen! Für eine solche Logik fehlt uns allerdings jedes Verständnis. Eine solche Haltung ist nicht revolutionär, sondern konterrevolutionär.

Im übrigen erinnern wir unsere Leser daran, daß wir in unserem gestrigen Artikel ganz eindeutig die Frage der Vollstreckung der Todesurteile als eine Nebenfrage behandelt haben; der Nachdruck unserer Darlegungen lag — für jeden, der verstehen will, verständlich — auf der Aufforderung an die Arbeiterklasse, auf revolutionärem Wege „das Zeitalter der Ausbeutung und des Mordes zu beenden". Wenn die „Arbeiter-Zeitung" ihre heutige Nummer mit der Ueberschrift versieht „Ueber die Urheber des Mordes in Potempa wird das Proletariat zu Gericht sitzen", so ist diese Formulierung nahezu wörtlich aus unserem, von den kommunistischen Redakteuren so gehässig angegriffenen Artikel entnommen.

Auf unsere grundsätzliche Stellung zur Todesstrafe, zu ihrer Anwendung in den Auseinandersetzungen der Klassen, werden wir in einem weiteren Artikel zurückkommen.

Urteile am laufenden Band!

Drei SAP-Genossen zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt

Vor dem Sondergericht stand gestern der Vorgang zur Verhandlung, der sich in der Nacht vom 8. zum 9. d. M. vor der Wohnung des Genossen Kirstein abspielte. In dieser Nacht wurde ein Polizeibeamter in Zivil, der für einen Nationalsozialisten gehalten wurde, nach seinem gestrigen Benehmen nach auch kaum von einem solchen zu unterscheiden war, von Genossen verprügelt, die die Wohnung des Genossen Kirstein damals gegen die angedrohten Ueberfälle von nationalsozialistischer Seite schützen wollten. Angeklagt waren 7 Genossen, hauptangeklagt die Genossen Schwiers und Jürschke Vater und Sohn. Die letzten beiden sollten nach der Aussage des Beamten den Ueberfall provoziert haben, als er sie auf Grund seiner außerordentlichen Berufstüchtigkeit für Diebe und Einbrecher-Spitzel hielt und festnehmen wollte. Dabei wurde er von den herbeieilenden Genossen verprügelt.

Die angeklagten Genossen bestritten jedoch auf das entschiedenste, tätlich gegen den Beamten eingeschritten zu sein. Demgegenüber standen die Aussagen einiger nationalsozialistischer Zeugen, die den Vorfall zufällig beobachtet haben wollen und die Aussage des verprügelten Polizeiwachtmeisters Umbreit selbst, der den Genossen Schwiers sogar trotz der schlechten Nachtbeleuchtung als einen der ersten Schläger erkannt haben wollte. Die Nazizeugen, das muß noch bemerkt werden, machten zuerst sämtlich den Versuch, dem Verteidiger, Genossen Eckstein, die Antwort auf seine Fragen zu verweigern. Dem Zeugen Rydzy fehlte augenscheinlich der Mut, sich auf die Frage des Verteidigers als SA-Mitglied zu bekennen. Was die Aussage des nationalsozialistischen Hauptbelastungszeugen Martynczack (die Namen beweisen schon die reinrassige Abstammung) anbetraf, so ging ihr Wert am besten aus der Aussage eines anderen Zeugen hervor, der unter Eid bekundete, Martynczack habe ihm gelegentlich einer Begegnung erklärt, er könne es nicht unter Eid nehmen, die Hauptangeklagten bestimmt als die Täter gesehen zu haben.

Genosse Eckstein, Verteidiger der Angeklagten, bezweifelte zunächst aufs entschiedenste die Zuständigkeit des Gerichts. Auffallend war die lange Zeit, die dieses danach brauchte, um sich über seine Zuständigkeit selbst schlüssig zu werden. Ob das Urteil im Potempa-Prozeß dem Gericht vor dem eigenen Mut Angst werden ließ? Der Staatsanwalt beantragte dennoch für 6 Genossen das unerhörte Strafmaß von je acht Monaten Gefängnis. Genosse Eckstein führte in seinem Plädoyer aus, daß die Angeklagten alle die ihnen zur Last gelegten Handlungen — soweit sie überhaupt von ihnen begangen worden seien — im Glauben, sich vor einer Gefahr schützen zu müssen, ausführten. Es liege also Putativnotwehr vor, aus der heraus nur ein völliger Freispruch der angeklagten Genossen angemessen wäre. Diesem Gedankengang ist das Klassengericht aber nicht gefolgt. Das Gericht hat die Genossen Schwiers und Jürschke Vater und Sohn bei Freispruch der anderen Angeklagten zu der harten Freiheitsstrafe von je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Wir erheben gegen dieses Urteil schärfsten Protest. Keiner von unseren im Gefängnis schmachtenden Genossen wird vergessen werden.

Nazis machen „in Volkszorn"

Breslauer Straßen unter dem Terror der braunen Banden — Fensterscheiben jüdischer Geschäftsleute eingeworfen — „Nieder mit Papen"

Breslau, 24. August.

Die Nationalsozialisten versuchten gestern in den Straßen Breslaus in Volkszorn über das Beuthener Urteil — von dem übrigens sicher anzunehmen ist, daß die Verurteilten sicherlich begnadigt werden, wir leben nicht umsonst in einem Klassenstaat — zu machen. Wohlorganisiert durchzogen gestern SA-Trupps in kleinen Abständen die Stadt, brüllten ihre Hetschöre durch die Straßen: „Nieder mit der Regierung Papen!"; „Freiheit und Brot, den Juden den Tod"; „Deutschland erwache, Juda verrecke" usw.

Am Vormittag haben sie versucht, eine größere Aktion gegen das Warenhaus Wertheim zu unternehmen. Sie zogen verschiedene Stürme und Mannschaften — fast ausnahmslos in Räuberzivil — gegen das Warenhaus zusammen, wobei von Ohrenzeugen eine Detonation gehört wurde. Bis jetzt ließ sich nicht feststellen, ob und was für ein Sprengkörper geworfen worden ist.

In der Graupenstraße wurde die Fensterscheibe eines jüdischen Geschäfts zertrümmert.

An einer anderen Stelle, auf dem Platz der Republik, zündeten SA-Leute einen Kinderwagen an (O Ihr Helden des 3. Reiches!), in dessen Schein einer der Hitlerbanditen dann eine kurze Rede hielt.

Die Täter sind natürlich: „unerkannt entkommen".

In der Bischofstraße kam es wiederholt zu Ansammlungen, immer wieder ertönte der Ruf: „Nieder mit der Regierung, gebt unsere Gefangenen frei". Und in der von Nationalsozialisten überfüllten Straße soll „ein Mann provozierende Reden geführt haben". Im Bericht heißt es: „Beim Erscheinen der Polizei war der Mann in der Menge verschwunden, nach Angaben von Augenzeugen ist auf Grund seiner Aeußerungen anzunehmen, daß er der KPD nahesteht". Solche unglaubliche Märchen kann man natürlich nur dem Spießbürgertum Breslaus erzählen, die glauben so etwas.

In allen Fällen zeigte sich die Polizei sehr passiv. Immer wieder konnte man beobachten, daß sie nur sehr zaghaft einschritt, was ihr eine gute Note in der heutigen Morgenausgabe der „Schlesischen Zeitung" eingebracht hat: „Die Polizei befleißigte sich in anerkennenswerter Weise einer starken Zurückhaltung und sah sich nur in einigen Fällen zum Einschreiten genötigt".

Was die Polizei wohl getan hätte, wenn Proleten gegen die Ohlauer Terrorurteile der Klassenjustiz in ähnlicher Weise auf den Straßen protestiert hätten?

In vielen Fällen steigerte sich der Terror der SA so stark, daß, um einen Lieblingsausdruck der Polizeiberichte zu gebrauchen, „Andersgesinnte" angepöbelt und ihnen ihre Abzeichen abgerissen wurden. Wo blieb da die Polizei? Sie spricht in ihren Berichten von „unbedeutenden Reibereien mit Andersgesinnten".

. . . und in Beuthen

(Sonderbericht der SAZ)

Beuthen, 23. August.

In den frühen Abendstunden kam es wieder vor dem Gericht zu großen Ansammlungen; sämtliche angrenzenden Straßen waren überfüllt von Menschenmassen, die den Verkehr stark hinderten. Lange hielt es die Schupo nicht für nötig, einzugreifen. Ober-Pg. Heines sauste den ganzen Tag in seinem Luxuswagen im Industriegebiet herum, wahrscheinlich um die erforderlichen Schreierscharen zu mobilisieren. Die Breslauer SA ließ es sich nicht nehmen, wieder in ihrem „Ueberfall"-Auto zu erscheinen, um so ihren Beuthener Gesinnungsgenossen willkommene Rückendeckung zu sein. Es kam zu wiederholten Demonstrationen. Die Versuche Heines, in das Gerichtsgebäude einzudringen, wurden durch das Gebrüll der davorstehenden Massen unterstützt. Die Schupo war gezwungen, mehrere Male die Straßen zu säubern. Einige Personen mußten wegen Widerstand festgenommen werden. Die Straßen zeigen auch noch in den späten Abendstunden einen ungewöhnlich regen Verkehr. Wie bereits gestern, geht die Schupo in Stahlhelmen und mit Karabinern in Doppelwachen durch die Stadt. Es ist nicht abzusehen, wann sich das Straßenbild beruhigen wird. Einzelne Ueberfälle auf den Nazis mißliebige Personen sind auch heute noch vorgekommen.

Zahlen des Elends

Mehr Arbeitslose — weniger „Stempelbrüder"

Breslau, 23. August.

Auch in der ersten Augusthälfte hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden weiter, wenn auch in erheblich geringerem Ausmaße als während der zweiten Julihälfte, vermindert. So ist die Zahl der Arbeitsuchenden von 402 189 auf 399 673 (296 440 in Nieder- und 103 233 in Oberschlesien), also um 2516, die Zahl der arbeitslosen Arbeitsuchenden von 390 900 auf 388 537, also um 2363 zurückgegangen.

Dieser Rückgang ist aber wieder nur zu einem Teil auf Arbeitsaufnahme zurückzuführen; er beruht im übrigen und wahrscheinlich in stärkerem Maße wieder auf dem Fernbleiben vom Arbeitsamt seitens solcher Arbeitsloser, die auf Grund der Bestimmungen der Notverordnung vom 14. Juni 1932 nicht oder nicht mehr Unterstützung erhalten.

Der verhältnismäßig starke zahlenmäßige Unterschied zwischen Arbeitsuchenden und arbeitslosen Arbeitsuchenden (11 136) beruht zum größten Teil auf den Zahlen der Notstands- und Fürsorgearbeiter, die während der Zeit ihrer Beschäftigung in Notstands- oder Fürsorgearbeit als Arbeitsuchende erfaßt werden. Die Zahl der so Beschäftigten beträgt zur Zeit etwa 10 700.

In stärkerem Maße als die Zahl der Arbeitsuchenden ist in der Berichtszeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung zurückgegangen. Der Rückgang beträgt hier insgesamt 5921, nämlich von 141 460 auf 135 539. Es entfallen von den am 15. August Unterstützten 50 941 (36 815 in Nieder-, 14 126 in Oberschlesien) auf Arbeitslosenunterstützungsempfänger, 84 598 (62 730 in Nieder-, 21 868 in Oberschlesien) auf Krisenunterstützungsempfänger. Zur Zeit stehen rund 35 Prozent der gemeldeten Arbeitslosen in Arbeitslosen- und Krisenunterstützung gegen 42,5 Prozent am 15. Juni d. Js., also dem letzten Stichtag vor Wirksamkeit der Notverordnung vom 14. Juni. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß eben

ein Teil der Nichtunterstützten, der auch keine Wohlfahrtsunterstützung erhält, nicht mehr beim Arbeitsamt gemeldet ist.

Nach den vorläufigen für den Monat Juli vorliegenden Zahlen wurden in diesem Monat 43 Stillegungsanzeigen erstattet (im Juni 51), und es wurden nach den vorläufigen Feststellungen 24 Teil- oder Vollstillegungen durchgeführt, durch die 1821 Arbeitskräfte betroffen wurden (im Juni 1932: 24 Teil- oder Vollstillegungen mit 2226 betroffenen Kräften).

Mahnung an den DFV

Breslau, 23. August.

Obgleich der Raum in unserer Zeitung viel zu schade dazu ist, für Auseinandersetzungen benutzt zu werden, über die die politische Entwicklung in Deutschland bereits in den letzten Wochen ein deutliches Urteil gesprochen hat, sind wir leider gezwungen, einem demagogischen Angriff im Organ des DFV vom 16. 7. und 16. 8. entgegen zu treten. Wir nehmen erst heute zu dieser Angelegenheit Stellung, weil es uns wichtiger erscheint, die deutsche Arbeiterklasse über das wahre Gesicht der politischen Entwicklung zu informieren und weil wir uns gerade hierin von den sozialdemokratisch geleiteten Organisationen grundsätzlich unterscheiden. Wir zeigen in aller Deutlichkeit den Arbeitern die faschistische Entwicklung, während die Leitung des deutschen Freidenkerverbandes es für richtig hält, ihren Mitgliedern die faschistischen Gefahren zu verschleiern und Zeit hat, sich in persönlichen Polemiken zu ergehen, um so das Blickfeld der Mitgliedschaft zu verschieben.

Wir stellen fest, daß der Vorsitzende Sievers, der für die Artikel im Zentralorgan des DFV verantwortlich ist, sich eingereiht hat in die Reihe all der Arbeiterorganisationen, die im Reichstagswahlkampf für die Liste der SPD Propaganda betrieben. In Ermangelung politischer Argumente versucht er, unter dem Deckmantel hemmungsloser Angriffe auf einzelne Personen, die SAP bei den Mitgliedern des DFV in Mißkredit zu bringen. Damit sabotiert Sievers nicht nur die Beschlüsse der Ortsgruppe Breslau des DFV., die Sievers selbst mit gefaßt hat, sondern er unterstützt die Partei, die durch ihre Zustimmung zu den Konkordaten zum Helfershelfer des Kulturfaschismus in Deutschland geworden ist.

Nun zum Fall Nevermann:

Wir verwahren uns als Partei dagegen, daß man in demagogischer Weise versucht, den Fall Nevermann mit der Politik der gesamten SAP zu identifizieren. Es zeigt uns nur zu deutlich, auf welchem politischen Niveau sich der Verbandsvorstand bewegt. Die Argumentation von Sievers entspricht eher dem Kampfniveau eines kleinen Nazibonzen, aber nicht dem des Leiters einer großen proletarischen Organisation. Die Einheit der Organisation ist uns ein viel zu wertvolles Gut, um es so skrupellos aufs Spiel zu setzen, wie es sich Sievers erlaubt. Was würde Sievers dazu sagen, wenn wir die um vieles schlimmeren Korruptionsfälle in Breslau und anderswo im Reiche mit der Politik der gesamten SPD oder gar mit der politischen Haltung des Freidenkerverbandes identifizieren würden?!

Sollen wir die politische Haltung des hiesigen Bezirkssekretärs K. Pietsch hier aufzeigen, dann wäre es wirklich notwendig, eine ernste Mahnung an den Verbandsvorstand zu richten. Sievers mag nach Breslau kommen, und wir sind bereit, in einer Generalmitgliederversammlung, die wir übrigens seit Monaten fordern, dem Genossen Sievers nicht nur wichtige politische Maßnahmen vorzuschlagen, sondern ihm auch beizubringen, daß man ein Mitglied der SAP nicht ohne weiteres durch die Bezeichnung „Bursche" beleidigen darf. Wir haben als Partei keine Veranlassung, Nevermann in Schutz zu nehmen wegen seiner Verfehlungen und glauben, daß die ihm widerfahrene Strafe, jetzt erwerbslos zu sein, hart genug ist. Anders zu betrachten ist jedoch die Frage, ob es einer kulturpolitischen Organisation würdig ist, einen Erwerbslosen, 40% Kriegsbeschädigten wegen der unnötig entstandenen Gerichtskosten bis zum Allernotwendigsten auspfänden zu lassen.

Wenn Sievers in seinem Artikel sich noch über die Fraktionsarbeit der SAP beschwert, so brauchen wir nur auf unsere an dieser Stelle erschienenen Artikel über die Fraktionsarbeit der SPD hinzuweisen. So wie sich Sievers in seinem Artikel zum Söldner der SPD abstempelt, so ist die Bezirksleitung Breslau des DFV ein Werkzeug der Konkordatspartei. Die Politik des Verbandes ist das Spiegelbild der Reichspolitik. Einschränkung der Meinungsfreiheit der Mitgliedschaft, Diktaturgewalt der Verbandsbürokratie, Umwandlung des Verbandes vom Klassenkampfinstrument zur Einäscherungskasse.

Aus dieser Erkenntnis folgert die SAP ihre Aufgaben: Mobilisierung der Massen im Deutschen Freidenkerverband zur Sicherung ihrer Rechte im außerparlamentarischen Kampf.

Die Verbandsleitung fordert Passivität der Mitglieder.

Die SAP fordert höchste Wachsamkeit und Aktivität.

Die Verbandsleitung sagt, man solle Vergangenes vergessen.

Die SAP fordert, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

Die Verbandsleitung sagt: Die Einäscherung ist nur zu sichern, wenn man sich den gesetzlichen Maßnahmen des Staates anpaßt.

Die SAP erklärt: Der Deutsche Freidenkerverband ist nur zu erhalten, wenn der Kulturfaschismus besiegt wird; der Faschismus aber ist nur zu besiegen von der gesamten proletarischen Klasse.

Deshalb hat die Verbandsbürokratie kein Recht, gegen oder für eine einzelne proletarische Partei zu polemisieren.

Der Deutsche Freidenkerverband muß das überparteiliche Kulturkampfinstrument der gesamten deutschen Arbeiterklasse sein.

Deshalb, Freidenker-Mitglieder! Heraus aus der Passivität! „Kampf der Kirche" und Stimmzettel für die Konkordats-SPD sind unvereinbare Gegensätze.

Deshalb her zu uns! Kämpft mit uns in der SAP für die kulturpolitische Einheitsfront im DFV!

Wieder tödlicher Verkehrsunfall

Groß Strehlitz. Auf der Chaussee Groß Strehlitz-Gogolin bei Rosniontau geriet der Arbeiter Paul Schmikalla beim Ueberqueren der Straße unter ein Personenauto eines Groß Strehlitzer Kaufmanns und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat. Die Schuldfrage wird durch gerichtliche Untersuchung geklärt werden.

•

Breslau. Der bei dem gemeldeten schweren Verkehrsunfall auf der Chaussee Klettendorf-Tinz schwerverletzte Führer des zweiten Motorrades, der Kutscher Arthur Langfeld, ist an den Folgen des Unfalls, Schädelbruch und Verbrennung dritten Grades verstorben. — Die von der Polizei angestellten Ermittlungen über den Unfall hatten folgendes Ergebnis: Etwa 80—100 Meter von der Unfallstelle sah ein Radfahrer den tödlich verunglückten Klaus aus Langenöls mit seinem Motorrade von Breslau in Richtung Tinz fahren. Aus entgegengesetzter Richtung kam der Motorradfahrer L. in sehr scharfem Tempo an. Wahrscheinlich infolge Schneidens der Kurve stießen die beiden Fahrzeuge mit lautem Knall zusammen. An der Unfallstelle angekommen, sah der Radfahrer, wie der Fahrer L. unter seinem brennenden Motorrade lag. Mit Hilfe anderer inzwischen herbeigekommener Zeugen wurde das Feuer gelöscht und der schrecklich Verbrannte unter dem brennenden Fahrzeug hervorgezogen. Sein Soziusfahrer, der noch in lebensgefährlichem Zustande im hiesigen Israelitischen Krankenhause befindliche Johann Mahlgut, lag meinem Schädelbruche auf der linken Straßenseite am Chausseegraben. Der ebenfalls unter seinem brennenden Motorrade liegende Buchhalter Klaus aus Langenöls war bereits tot ebenso seine Mitfahrerin, die auf der Mitte der Straße lag und als die bei Klaus beschäftigte 46jährige Wirtschafterin Martha Klose festgestellt wurde.

Es brannte . . .

Schweidnitz. Bei einem hier veranstalteten Kinderfest ließ man auch einen Papierballon steigen, dessen Antrieb durch heiße Luft geschah, die durch einen in Brennspiritus getauchten und angezündeten Wattebausch erzeugt wurde. Der Papierballon flog in der Richtung Weizenroda und ging dort auf einem Getreidefeld nieder, wodurch im Augenblick 10 bis 12 Garben in Brand gesteckt wurden. Nur durch das zufällige Vorbeikommen zweier Radfahrer war es möglich, die gefährdeten Garben des etwa 20 Morgen großen Feldes in Sicherheit zu bringen.

Ein „Polizeibericht“

Breslau, 24. August.

Nachträglich stellen wir fest:

Zu den von uns geschilderten Vorgängen im Süden Breslaus, wo Nazis Zeitungshändler der KPD überfielen, bringt das hiesige Polizeipräsidium vom 20. August folgende amtliche Notiz:

„Politische Schlägerei. Am Freitag, den 19. August 1932, gegen 11 Uhr, standen an der Neudorf-, Ecke Nachodstraße zwei Zeitungshändler, die Zeitungen der KPD verkauften. Von hinzukommenden SA-Leuten, die Uniform trugen, wurden die Händler aufgefordert, weiterzugehen und nicht provozierend zu wirken. Dieser Aufforderung leisteten sie offenbar nicht Folge, vielmehr entspann sich eine Schlägerei, in deren Verlauf der eine Zeitungshändler die Neudorfstraße und der andere die Nachodstraße entlang lief und von den SA-Leuten verfolgt wurden. Die Händler stürzten schließlich hin und wurden mit den Füßen getreten. Der eine Zeitungshändler erlitt hierbei Verletzungen und fand Aufnahme im Wenzel-Hancke-Krankenhaus.

Zwei Personen, die als vermutliche Täter in Frage kommen, wurden festgenommen. Eine weitere Person wurde wegen Widerstandes gleichfalls festgenommen.

Aha, sie trugen Uniform! Das soll wohl soviel heißen, daß durch das Tragen der Naziuniform dem Träger Machtvollkommenheiten zustehen sollen? Oder nicht? Hat doch nach Zeitungsmeldungen die Parteiführung der NSDAP verlangt, daß die Angehörigen der Reichswehr die Führer der SA und SS zu grüßen haben.

Diese Uniformierten forderten also die Händler auf: „Weiterzugehen und nicht provozierend zu wirken.“

Proletarische Zeitungshändler hätten also nach dieser Meldung auf irgendwelche blödsinnige Aufforderung von nationalsozialistischer Seite aus Folge zu leisten. Herr Polizeipräsident! Was würden Sie sagen, wenn Arbeiter, sagen wir mal, die Zeitungshändler der Nazis in der Schweidnitzer Straße zum Verschwinden aufforderten, da sie auf uns — Sie können es wirklich glauben, Herr Polizeipräsident — mehr als provozierend wirken.

•

Nicht nur die Berichte des Polizeipräsidiums . . .

Das liegt ganz und gar auf der Linie, wie in unserem heutigen bürgerlichen Klassenstaat vom Klassengegner Meldungen politischer Natur überhaupt „neutralisiert“ werden. Auch alle Durchschnittsmeldungen der bürgerlichen Nachrichtenbüros wenden diese Methode an.

Gleiwitz.

„Morgens gegen 2 Uhr wurde von bisher unbekannten Tätern in den Garten des Hauses an der Freundschule ein Sprengkörper, wahrscheinlich eine Eierhandgranate, geworfen, der etwa fünf Meter vom Hause entfernt explodierte und geringen Schaden anrichtete, Personen wurden nicht verletzt. Die polizeilichen Ermittlungen sind aufgenommen.“

Wem mag wohl das Haus gehören? Wer mag wohl drin wohnen? Zumindest würde die proletarische Oeffentlichkeit interessieren, gegen wen dieser Handgranatenanschlag gerichtet ist. Da in der Meldung nichts drin steht — da wir ja in dieser Beziehung schon unsere Erfahrungen gemacht haben —, müssen wir annehmen, daß es sich um linksstehende Funktionäre handelt.

Ertrunken . . .

Breslau. Beim Baden in der Oder ertrank der 12jährige Schüler Kurt Simmich. Die Leiche konnte geborgen werden.

Der 17½jährige Lehrling Paul Dachmann aus Breslau-Dt. Lissa ertrank beim Baden im Ziegelteich bei Dt. Lissa. Die Bemühungen eines anderen Badenden, den Ertrinkenden zu retten, hatten keinen Erfolg. Der Ertrunkene wurde dann später von der Dt. Lissaer Feuerwehr aus dem Wasser gezogen.

Kleine Kriminalchronik

Oppeln. Dem Oberlandjäger in Grudschütz gelang es, zwei gefährliche Wilderer festzunehmen. Den einen hatte er in Groschowitz abfassen können. Als er die Wohnung des zweiten betrat, um ihn abzuholen, stürzte sich dieser mit einem Fleischermesser auf den Oberlandjäger, der den gefährlichen Burschen schließlich überwältigen konnte. Beschlagnahmt wurde in seiner Wohnung ein frisch geschossenes Reh und eine Jagdflinte. Beide Wilderer wurden in das Oppelner Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Strehlen. Auf den Schönbrunner Wiesen wurde der aus Riedersdorf, Kreis Strehlen, stammende Arbeiter Ernst Ender erschossen aufgefunden. E. war wegen Einbruchdiebstahls verhaftet worden, dann aber entflohen. Wahrscheinlich hat er dann Selbstmord aus Furcht vor der Bestrafung begangen.

Wohin?

Lobetheater: Der Vorverkauf für die Eröffnungsvorstellung am Sonnabend, den 3. September, 20.15 Uhr — Gustav Freytag's Lustspiel „Die Journalisten“ in der Inszenierung des neu verpflichteten Spielleiters Hermann Schultze-Griesheim — beginnt Montag, den 29. August, an der Theaterkasse, bei Barasch (Ring) und Wertheim (Tauentzienplatz).

Gerhart-Hauptmann-Theater: Nachdem die Eröffnungsvorstellung ausverkauft ist, gibt sich für die Sonntag, den 4. September, stattfindende erste Wiederholung von „Und Pippa tanzt“ bereits lebhaftes Interesse kund. Vorbestellungen täglich im Büro des Lobetheaters. Der Vorverkauf beginnt Montag, den 29. August, an der Theaterkasse, bei Barasch (Ring) und Wertheim (Tauentzienplatz).

Rat und Auskunft

Wo holt sich der Proletarier Rat und Auskunft? Sozialistische Arbeiterhilfe Büro Kl. Holzstr. 3

Allgemeine Wohlfahrtsberatung:
Rat und Auskunft in allen Wohlfahrtsangelegenheiten Dienstag und Freitag von 19—20 Uhr. Mittwoch von 10—12 Uhr im Büro Kleine Holzstr. 3

Erziehungsberatung
Während der Sommermonate tagt die Erziehungsberatung nur nach Montag im Heim Seydlitzstraße, und zwar von 18—19.30 Uhr

Erwerbslosenberatung:
Beratung in allen Erwerbslosenfragen Werktäglich außer Sonnabend, in der Zeit von 9 bis 11 Uhr Büro: Kleine Holzstr. 3

Auswärtigen Anfragen bitten wir für die betreffende Beratungsstelle Rückporto beizulegen Weitere Unkosten entstehen nicht

Rechtsberatung der SAZ: In unserer Redaktion Kleine Holzstr. 3, ist eine unverbindliche Rechtsberatung eingerichtet worden. Die Beratung findet **jede Woche Montag zwischen 15 und 16.30 Uhr und Mittwoch zwischen 18.45 und 20 Uhr statt.** Rechtsauskunft wird nur gegen Vorlegung der Abonnementsquittung oder des Parteibuches erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt. Eine Beantwortung von schriftlichen Anfragen wird nur dann vorgenommen wenn Rückporto beiliegt

Schlesischer Arbeiter-Sport

VfL Görlitz wird erst im Schlußspiel gegen Neusalz Faustballmeister des 14. Kreises

Am gestrigen Sonntag wurden die Endspiele um die Faustballmeisterschaft des 14. Kreises im Ostpark ausgetragen. Als Gegner waren Breslau 7. Abt. der FTB, VfL Görlitz, Turn- u. Sportverein Ludwigsdorf und ZfL Neusalz erschienen. Hatte man geglaubt, daß die 7. Abt. in den diesjährigen Endspielen besser abschneiden wird, so wurde man etwas Besserem belehrt. Schon in den Vormittagkämpfen mußten sie zwei ganz knappe Niederlagen gegen Ludwigsdorf und Neusalz hinnehmen. Görlitz dagegen, auf die man am wenigsten gerechnet hatte, gingen siegreich aus ihren Kämpfen hervor. Am Nachmittag wurden die Schlußkämpfe im Faustball ausgetragen. Als Gegner qualifizierten sich Görlitz, Breslau und Ludwigsdorf, Neusalz. Breslau, welche am Vormittag beide Spiele knapp verloren, konnten am Nachmittag den aussichtsreichsten Favoriten Görlitz nach überlegener Spielweise abfertigen. Dadurch machte sich ein Ausscheidungsspiel zwischen Neusalz, welche Ludwigsdorf glatt schlugen, gegen Görlitz notwendig. Im Schlußspiel um die Schlesische Faustballmeisterschaft zwischen Neusalz und Görlitz ging VfL Görlitz durch etwas Glück als Sieger hervor. Die einzelnen Resultate sind folgende: Görlitz—Ludwigsdorf 57:52 — Neusalz—Breslau 66:65 — Görlitz—Neusalz 56:50 Ludwigsdorf—Breslau 66:62, Neusalz—Ludwigsdorf 55:46 — Breslau—Görlitz 57:44. Im Schlußspiel um die schlesische Meisterschaft schlug im Wiederholungsspiel VfL Görlitz—ZfL Neusalz 56:39 und wurde somit Schlesischer Meister im Faustball.

Zur besseren Finanzierung der Faustballkreismeisterschaft veranstaltete der 1. Handballbezirk ein Auswahlspiel Freie Turnerschaft Breslau gegen die übrigen Bezirksvereine. Nach interessantem und flotten Spiel endete das Treffen 8:8, 5:5.

Zum Handballspiel wäre noch folgendes zu erwähnen: Der Ansturm der Sportlermannschaft wird abgewehrt, nach kurzer Zeit gehen die Turner durch Halblinks in Führung. Wenige Minuten später ist es derselbe Spieler, welcher den Turnern die 2:0 Führung bringt. Von dieser Zeit an ausgeglichenes Spiel beider Mannschaften. Durch einen Fehler der Hintermannschaft der Turner kann Mittelstürmer der Sportler im Alleingang ein Tor aufholen. Es setzt darauf eine große Drangperiode der Sportler ein, welche sich innerhalb 10 Minuten zu einer 5:2 Führung auswirkt. Das wird den Turnern doch zuviel. Immer wieder versucht der Mittelläufer seinen Sturm nach vorn zu drängen, doch die unmöglichsten Vorchancen werden dem Tormann in die Hand gespielt, oder daneben geschossen. Auch das etwas engmaschige Spiel der Turner bringt sie um Erfolge. Endlich kann der Rechtsaußen der Turner im Alleingang ein Tor aufholen. Durch diesen Erfolg ermuntert, drücken die Turner jetzt mächtig die Folge davon bis Halbzeit ist der Gleichstand hergestellt. Nach der Pause wechselseitige Angriffe, doch ohne Erfolg. Erst in der 10. Min. der 2. Halbzeit gelingt es den Turnern durch Halblinks in Führung zu gehen. Doch die Freude währt nicht lange und der Ausgleich ist wieder hergestellt. Abermals ist es den Turnern vergönnt, die Führung zu übernehmen. Zwei totsichere Chancen der Sportler werden an den Pfosten gelenkt. Im Alleingang ist es dem Halbrechten vergönnt, den Ausgleich herzustellen. Doch schon 2 Minuten später ist es abermals der Mittelstürmer der Turner, welcher das 8:7 erzielt. Kurz vor Schluß gelingt der Sportlermannschaft der Ausgleich.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.
Sportfest am 28. August

Vorläufe-Einteilung

für 100 m Männer und 200 m Jugend (gegen 11 Uhr gestartet)

a) Männer 100 m

1. Vorlauf: Günther, M. (5. Abt.), Ulbrich (4. Abt.), Prozad (Makkabi), Piebach (2. Abt.), Klose (9. Abt.).
2. Vorlauf: Schmidt (4. Abt.), Günther, R. (5. Abt.), Sommer (12. Abt.), Stein, B. (9. Abt.), Bromberger (Makkabi).
3. Vorlauf: Sprung (5. Abt.), Glaser (Makkabi), Groschütz (9. Abt.), Grundmann (1. Abt.), Jüngling (9. Abt.).
4. Vorlauf: Wiersich (5. Abt.), Kaschner (2. Abt.), Brotke und Heimlich (9. Abt.), Jöttner (6. Abt.).
5. Vorlauf: Rudolf (5. Abt.), Pietz (2. Abt.), Stein, P. und Rückert (9. Abt.), Wurth (1. Abt.).

Die ersten drei jeden Vorlaufes in die Zwischenläufe; der Erste jeden Zwischenlaufs nachm. zum Endlauf.

b) Jugend 200 m

1. Vorlauf: Kettlitz (Ruderer), Kutzner und Grundmann (2. Abt.), Gallich (1897).
2. Vorlauf: Erz (5. Abt.), Schipke, Mittau (2. Abt.), Günther (1. Abt.).
3. Vorlauf: Hirsemann (1. Abt.), Rokitta (5. Abt.), Kordon (Ruderer), Pröhl (2. Abt.)

Der Erste jeden Vorlaufs und die zwei nächstbesten Zeiten nachm. zum Endlauf.

Etliche Oelser Genossen werden noch Sonntag in die verschiedenen Vorläufe eingeteilt.

Für 100 m Jugend (14—16 J.) und Sportlerinnen sowie 400 m Männer keine Vorläufe.

Es starten nachm. zu den angesetzten Zeiten:

Jugend 100 m: Schöbel und Dietsmann (Ruderer), Heinze, K. (12. Abt.), Kowalski (2. Abt.), Oelsner (1. Abt.)

Sportlerinnen 14—16 Jahr: 1. Lauf: Greilich, Thiel (3. Abt.), Hetzke (2. Abt.); 2. Lauf: Krause und Dehmel (3. Abt.), Haag (1. Abt.), Kurzbach (3. Abt.).

Sportlerinnen über 16 Jahre: Kuscha und Kipke (1. Abt.), Schwidder (2. Abt.), Jenke (5. Abt.), Wende, Grabisch und Öttner (4. Abt.).

Männer 400 m: 1. Lauf: Hoffmann (5. Abt.), Scholz (4. Abt.), Geruth (12. Abt.), Klaus (2. Abt.). 2. Lauf: Bromberger (Makkabi), Kusche (2. Abt.), Frenzel (4. Abt.), Schubert (5. Abt.).

4×100 m — Altersklasse starten: 1897, 1., 4., 5. Abt.

3×200 m Männer: keine Vorläufe. 1. Lauf: 1925, Makkabi, 2. und 4. Abt. 2. Lauf: Freie Menschen, 1. und 5. Abt.

Leichtathletische Wettkämpfe der Arbeiter-Athleten

Die am Sonntag im Ostpark durch den Bezirk Breslau des Arbeiter-Athletenbundes durchgeführten Wettkämpfe sahen in allen Klassen zirka 140 Teilnehmer am Start und brachten nachstehende Ergebnisse:

Knaben-Dreikampf: 1. Günther Pienkny, 1897 216 Punkte 2. Boer, Nordost, 211 Punkte, 3. Stock, 1911, 204 Punkte.

Mädchen-Dreikampf: 1. Klimes, 1897, 185 Punkte; 2. Schlesinger, 1897, 179 Punkte; 3. Pfumpfel, 1897 171 Punkte.

Jugend-Dreikampf: 1. Aßmann, Blaugelb, 179 Punkte; 2. Gebauer, Freie Menschen, 164 Punkte; 3. Skrowonnek, 5. Abt. 159 Punkte.

Sportlerinnen-Dreikampf: 1. Schwidder, 2. Frauen-Abt., 226 Punkte; 2. Mischke, 2. Frauen-Abt. 221 Punkte; 3. Halx, 2. Frauen-Abt., 209 Punkte.

Männer-Fünfkampf: 1. Rudolf, 5. Abt. FTB., 327 Punkte; 2. Schwitalle, Nordost, 313 Punkte; 3. Faulde, Nordost, 289 Punkte.

Alterssportler bis 35 Jahre:

Fünfkampf: 1. Zimmer, 1897, 297 Punkte; 2. Jäschke, Blaugelb, 257 Punkte; 3. Pätzold, 1897, 247 Punkte.

Alterssportler ältere Gruppe:

Fünfkampf: 1. Ziegner, 4. Abt., 259 Punkte; 2. Hünig, 6. Abt., 234 Punkte; 3. Truppke, 5. Abt., 201 Punkte.

Einzelkämpfe für Jugend: Kugelstoßen 5 kg beidarmig: 1. Aßmann, Blaugelb, 17,13 Meter; 2. Gebauer, Freie Menschen, 16,75 Meter.

2000-Meterlauf: 1. Gebauer, Fr. Rudervereinigung, 6,55 Min.; 2. Aßmann, Blaugelb, 7,25 Min.

Einzelkämpfe für Sportlerinnen:

Weitsprung: 1. Mischke, 2. Frauen-Abt., 4 Meter; 2. Schwidder, 2. Frauen-Abt. 3.97 Meter; 3. Wersing, 1897, 3.92 Meter.

Kugelstoßen, bestarmig: 1. Schwidder, 2. Abt., 7,08 Meter; 2. Mende, 1897, 6,70 Meter, 3. Wersing 1897, 6.30 Meter

Einzelkämpfe für Männer:

Kugelstoßen, beidarmig: 1 Zimmer, 1897, 17,87 Meter, 2. Rudolf, 5. Abt., 17 03 Meter, 3. Schwitalle, Nordost, 16,51 Meter.

Kugelwerfen 5 kg: 1. Thesler, Nordost, 13,24 Meter; 2. Pilor, 1897, 12,74 Meter; 3. Rudolf, 5. Abt., 12.55 Meter.

3000 Meterlauf: 1. Glade, Fr. Ruderer, 10,13 Min. 2. Dworatzek, 5. Abt., 10,21 Min.; 3. Galisch, 4. Abt., 11,41 Min.

Werbeveranstaltung der Freien Turnerschaft Breslau-Deutsch Lissa am 11. September

Die für den 21. August vorgesehene Werbeveranstaltung findet nunmehr am 11. September statt und ist für alle Kartellvereine offen. Die Wettkämpfe selbst werden auf dem Sportplatz in Kl. Heidau ausgetragen. Am Vormittag finden leichtathletische Mannschaftswettkämpfe statt. Schüler- und Schülerinnen-Dreikampf: 60 m-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Ballweitwurf. Sportlerinnen-Dreikampf: 100 m-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Kugelstoßen 5 kg. Jugend-Vierkampf: 100 m-Lauf, Weitsprung, Kugelstoßen 5 kg und Hochsprung. Männer-Fünfkampf: 100 m-Lauf, Weitsprung, Kugelstoßen 7½ kg, Hochsprung, Diskus. Alters-Dreikampf über 30 Jahre: 100 m-Lauf, Weitsprung, Kugelstoßen 7½ kg. Als Abschluß am Vormittag spielen im Handball 4. Abt. Jgd.—Stabelwitz Jgd. — Der Nachmittag ist durch Handballspiel und allgemeiner Gymnastik ausgefüllt. Im Handball werden 1. Abt. Jgd., 4. Abt. I u. 2, sowie Stabelwitz und 1897 zu Gaste sein. Meldungen zu den leichtathletischen Wettkämpfen bis 9. September an Gen. Fritz Keusch, Breslau-Deutsch Lissa, Krampitzer Straße 53. Jede Mannschaft zählt 5 Genossen. Kampfrichter müssen mitgemeldet werden. Als Unkostenbeitrag werden für aktive Teilnehmer 10 Pfg., für Gäste 20 Pfg. erhoben.

KABA

das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk

jetzt billiger:

Das Paket 30 u. 60 Pfg.

zu haben bei:

W. Krieger

Steinstraße 91 Telefon 800 38

Kolonialwaren u. Delikatessen

Kleine Sportnachrichten

An alle Fußballvereine! Aus Gründen der Raumersparnis werden die jeweils fälligen Serienspiele für alle Klassen nicht mehr veröffentlicht. Aus diesem Grunde sind die jeweiligen Berichtigungen ganz besonders zu beachten. Die Vereinsleitungen werden ersucht, die nachfolgend zurückgezogenen Mannschaften in ihren Serientabellheften zu streichen. Zurückgezogen sind:

Bezirksmannschaften: Hundsfeld II, Rasend II, VfK II, Dyhernfurth II, Brockauschieder II, Bergel II, Askania II, Sternberg I, Wratislawia III, Rosenthal V, Wratislawia IV. In dieser Gruppe spielt anstelle Wratislawia, Schmolz III. Rothsürben III, in dieser Gruppe spielt anstelle Rothsürben, Lanisch II.

Jugendmannschaften: Masselwitz I. Jugend—Märzdorf I. Jugd. Schmolz I. Jugd. Kawallen I. Jugd. Einheit, I. Jugend Union I. Jugend. In dieser Gruppe spielt anstelle Union, Ohlau I. Jugend.

Schülermannschaften: VfL II. Schüler. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß weitere Veröffentlichungen nicht erfolgen und die Vereine die etwa aus Unachtsamkeit entstehenden Unkosten selbst zu tragen haben.

Bezirksvorstand. Die Spieler Herbert Obst, Paß Nr. 183 756, Albert Krüger, Paß Nr. 014 034 und Adolf Biedermann, Paß Nr. 732 421, sämtlich Eintracht-Masselwitz, sind ab sofort für jeden Spielbetrieb gesperrt. Die Schiedsrichter haben das zu beachten. Die Pässe sind sofort an Gen. Walde einzureichen. — Das Mitglied Max Greger-Wratislawia ist mit sofortiger Wirkung wegen bundesschädigendem Verhalten aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund ausgeschlossen worden.

Deutscher Arbeiter-Mandolinisten-Bund, Ortsgruppe Breslau, Abt. II. Unser Vereinslokal befindet sich Kupferschmiedestr. 21 im „Roten Löwen“. Übungsstunden Montag und Dienstag 20—22 Uhr. — Interessenten der proletarischen Kulturbewegung, welche das Mandolinen- und Gitarrespiel beherrschen, am Aufbau unserer Bewegung helfen wollen, melden sich an oben angegebenen Ort und Tagen. Außerdem eröffnen wir auch in diesem Jahr (Oktober) einen Anfängerkursus im Mandolinen- und Gitarre (Laute)-Spiel nach Noten. Erwachsene wie Kinder können daran teilnehmen. Näheres und Meldung wie oben.

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68.

Achtung! Distriktsführer!

Vergeßt nicht, daß in dieser Woche abgerechnet werden muß.

Monistische Gemeinde, Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit. Mittwoch, 24. 8., 20 Uhr, Gemeindeversammlung. Geschäftsberichte und Vortrag des Gen. E. Machek. Thema: Aus dem Panoptikum der Religion. Anschließend Aussprache. Wir bitten alle Mitglieder zu erscheinen.

Der Vorstand.

SJV

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3

Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Freidenkerjugend Breslau, Gruppe Süd-Ost und West: Achtung! Wir führen heute ab 20 Uhr im Heim, Friedrich-Wilhelm-Str. 45, einen sehr interessanten gemeinsamen Gruppenabend durch. In einem Stegreifspiel nehmen wir Stellung zu aktuellen Geschehnissen. Außerdem: Musik, Rezitationen, Unterhaltung. Alles erscheint. Instrumente mitbringen.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde

Donnerstag: Nestfalken Gesellschaftspiele im Heim. Jung- und Rotfalken 16 Uhr am Neumarkt, Turnsachen mitbringen. Bauschulwiese, Lehmdamm Ecke Brigittenthal.

Sonntag: Nestfalken Wanderung, 7 Uhr am Neumarkt. 15 Pfg., Essen und Badekleidung mitbringen.

Achtung Eltern! Donnerstag, 25. 8., 19.15 Uhr, Abteilungsvorstands- und Helfersitzung. Anschließend wichtige Elternversammlung. 20 Uhr im Heim Mehlgasse, Ecke Paulinenstr., Lichtbilder von der Ferienarbeit werden gezeigt. Alle Mütter und Väter sind pünktlich anwesend.

Berlin

Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132

Donnerstag, 25. August 8.30 Uhr

Herzdame

Gartenbühne

Donnerstag, 25. August 5.30 Uhr

Konzert und Varieté

8.15 Uhr

Frühlingsluft

Pharus-Säle

Müllerstraße

Von Montag bis Donnerstag wegen des großen Erfolges verlängert

„Das Lied einer Nacht“

Großfilm mit Fritz Schulz, Magda Schneider, Otto Wallburg, Ida Wüst und Julius Falkenstein.

Dazu das gute Beiprogramm und die neueste Fox Tönende Wochenschau

Jugendliche haben Zutritt.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Breslau

Oskar Laqua

Andersenstraße 31

Kolonialwaren

und **KAFFEE HAG 10 % billiger!**

Das große Paket RM 1.46

Das kleine Paket RM 0.73

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,50 Porto monatlich.

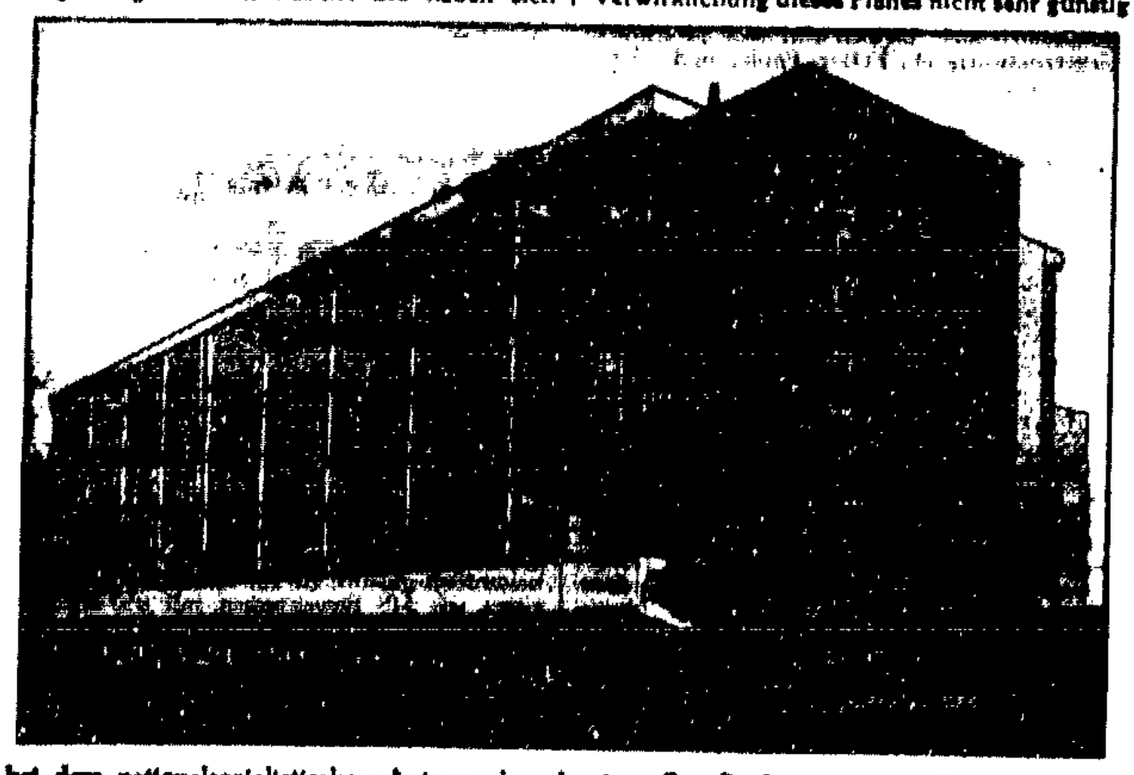
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebürs, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Zum Ende des Bauhauses

Wie wir bereits berichteten, hat die Dessauer Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, das Bauhaus, eine in der ganzen Welt bekannte Lehrstätte für moderne Architektur, Malerei und Kunstgewerbe, zum 1. Oktober zu schließen. Es bleibt noch nachzutragen, welch jämmerliche Haltung die Dessauer Sozialdemokraten zu dieser Frage eingenommen haben: Sie haben sich der Lehrbetrieb des Bauhauses an anderer Stelle fortgesetzt werden kann. Das „Berliner Tageblatt" propagiert den Gedanken, das Wirken des Bauhauses in Berlin fortzusetzen. An sich ist dieser Gedanke gut, und Berlin wäre auch für ein Lehrinstitut von dieser Bedeutung ein tragfähigerer Boden als Dessau. Jedoch dürften die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses Planes nicht sehr günstig



bei dem nationalsozialistischen Antrage der Stimmenthaltenl

Was aus dem Gebäude werden soll, das wir oben im Bilde zeigen, ist noch nicht entschieden. Der sehr eindrucksvolle Bau wurde vor sieben Jahren, bei der Verlegung des Bauhauses von Weimar nach Dessau, errichtet. Die Nationalsozialisten, die sich bekanntlich gern als „aufbauende Kräfte" bezeichnen, fordern die Vernichtung auch des Gebäudes; es bleibt abzuwarten, ob man sich wirklich zu diesem barbarischen Zerstörungsakt bereitfinden wird.

Ungeklärt ist auch die weitere Frage, ob sein. Das Bauhaus ist ja in Dessau nicht deshalb geschlossen worden, weil die Stadt den Zuschuß nicht mehr zahlen konnte, sondern es handelt sich um eine politische Aktion der Nationalsozialisten und der mit ihnen verbundenen bürgerlichen Kulturreaktion. Diese heute so mächtigen Kreise werden auch die Fortsetzung der Bauhaus-Arbeit in Berlin zu verhindern suchen. Umso schärfer ist die Haltung der Dessauer Sozialdemokraten zu verurteilen, die einfach nicht den Mut aufgebracht haben, für ein angegriffenes und verleumdetes Kulturwerk einzutreten.

Prof. Gumbel abgesetzt

Ein tapferer Mann gemaßregelt

Die seit vielen Jahren gegen den außerordentlichen Professor an der Universität Heidelberg, Gumbel, betriebene Hetze der Nationalsozialisten und der bürgerlichen Reaktion hat Erfolg gehabt: das Badische Kultusministerium hat auf Antrag des Universitätssenates soeben mit sofortiger Wirkung dem Professor Gumbel die Lehrberechtigung entzogen.

Gumbel gehört zu den in Deutschland leider so seltenen Menschen, die Zivilcourage haben. Schon während des Krieges war er einer der tapfersten Kämpfer gegen die in Deutschland regierenden Kreise. Nach dem Kriege wurde er besonders bekannt durch seine umfangreichen politisch-statistischen Arbeiten über das politische Morden der deutschen Gegenrevolution und über den einseitigen Charakter der deutschen politischen Rechtsprechung. Gerade durch die sachliche Unantastbarkeit seiner nicht zu widerlegenden Feststellungen machte er sich bei der gesamten Reaktion verhaßt. Aber er begnügte sich nicht mit diesen Arbeiten, die in weit verbreiteten Büchern veröffentlicht wurden, sondern führte daneben in politischen Vorträgen einen mutigen Kampf gegen die Verherrlichung des Krieges. Da er mit vorbildlicher Deutlichkeit die wahren Ursachen und Triebkräfte der imperialistischen Kriege kennzeichnete, mußte er sich den Zorn all derer zuziehen, die an diesen Kriegen interessiert sind.

Gumbel hätte sich leicht seine Stellung erhalten können, wenn er auf diese politische Betätigung verzichtet und sich auf die Ausübung seines Lehrauftrages, der sich auf mathematische Statistik bezog, beschränkt hätte. Er hat es trotz der Gefahren, die ihm drohten, für seine Pflicht gehalten, seiner politischen Ueberzeugung jederzeit offen Ausdruck zu verleihen — und gerade dieser Mut ist es, den wir an ihm schätzen. Seine Abberufung vom Lehramt als Strafe für eine Tätigkeit, die mit diesem Lehramt nicht das Mindeste zu tun hatte, ist ein offener Skandal, der sich würdig dem sonstigen Wirken der deutschen Kulturreaktion anreiht. Er ist allerdings auch das Ergebnis jener unverzeihlichen Schwäche, die die Sozialdemokraten und Demokraten gegenüber den deutschen Universitäten in den Jahren bekundet haben, in denen es möglich und dringend notwendig gewesen wäre, die Vormachtstellung des reaktionären Professorenklüngels zu brechen. Gerade auch in Baden, wo die Sozialdemokraten in all den Jahren an der Regierung beteiligt waren, ist auf diesem Gebiet alles versäumt worden.

Professor Gumbel befindet sich zur Zeit auf einer wissenschaftlichen Vortragsreise in USA. Wie wir erfahren, hat er gegen den Beschluß des badischen Kultusministeriums beim badischen Gesamtministerium protestiert. Auf einen Erfolg dieses Schrittes rechnen wir in dieser Zeit allerdings nicht.

Sportplatzbau nur noch ausnahmsweise

Ein Berliner linksstehendes Blatt berichtet heute morgen über Sportplätze, die mit Mitteln des freiwilligen Arbeitsdienstes gebaut worden sind oder werden sollen. Wie wir hierzu von unterrichteter Seite erfahren, sind vielfach Sportplätze aus Mitteln des freiwilligen Arbeitsdienstes angelegt worden. Es ist aber jetzt ein Erlaß herausgekommen, in dem es heißt, daß die Anlegung von Sport- und Schmuckplätzen die Ausnahme in der Verwendung der Mittel des Arbeitsdienstes bilden soll. Es ist also in Zukunft die Anlegung von Sportplätzen an sich zugelassen, soll aber die Ausnahme bleiben.

Der italienische Europa-Flieger Suster abgestürzt

Rom, 23. August.

Im Verlaufe des Europarundfluges ist kurz vor der italienischen Wendemarke Albenga die Breda-Maschine des Italieners Suster anscheinend wegen Flügelbruches abgestürzt. Der Pilot konnte sich durch Absprung mit dem Fallschirm retten, trug aber dabei erhebliche Verletzungen davon, während der Begleiter Muratori tödlich verunglückte.

Nach einer inzwischen unbestätigten Meldung beabsichtigt der Aero-Klub von Italien, aus diesem Grunde die gesamte italienische Mannschaft aus dem Wettbewerb zurückzuziehen.

Der Kanalschwimmer Fischer verschollen?

London, 23. August.

Der deutsche Schwimmer Fritz Fischer, der gestern am Cap Gris Nez gestartet war, um den Kanal zu durchschwimmen, wurde gestern abend gegen 10 Uhr etwa 6 Meilen südlich von Folkestone gesichtet. Im Laufe der Nacht kam eine frische Brise auf, und die Flut ging südwestlich. Anscheinend wurde der Schwimmer in westlicher Richtung abgetrieben. Seitdem hat man nichts mehr von ihm gehört.

Großfeuer in Basel

Basel, 24. August.

Am Dienstagabend gegen 7 Uhr brach in dem Lagerschuppen und Lagerhäusern auf dem Dreispitz am Rande der Stadt ein Brand aus, der äußerst rasch um sich griff. Die Feuerwehr war dem rasenden Element gegenüber nahezu machtlos. Mehrere Lagerschuppen und Lagerhäuser hiesiger großer Unternehmungen sind niedergebrannt. Mächtige Kohlenlager sind äußerst gefährdet. Für die dort befindlichen großen Benzinlager besteht große Explosionsgefahr. Der Schaden geht schon jetzt in die Hunderttausende. Gegen Mitternacht führte die Feuerwehr noch immer einen verzweifelten Kampf gegen das Flammenmeer.

SPD südwestsachsens sucht verlorene Schäflein

Plauen, 23. August.

Die SPD-Führung des Bezirks Südwestsachsen gibt sich im Augenblick alle Mühe, Zersetzungs in die Reihen der SAP zu tragen. Alle Mittel — auch die der Lüge und Verleumdung — sind ihr dabei heilig. Es versteht sich von selbst, daß all die Mätzchen über die Genossen Zweiling und Seydewitz wieder herhalten müssen, weil die politischen Argumente, die man hat, gar zu faul sind.

Im Zwickauer Bezirk gibt es besondere SAP-Kommissionen in der SPD, die die Aufgabe haben, die Mitglieder der SAP eingehend zu bearbeiten. Das „Sächsische Volksblatt", das gewöhnlich über jeden Zurückgekehrten in Fettdruck berichtete, schweigt sich auffallend über die „Erfolge" dieser Zersetzungsarbeit aus. Sie sind nämlich auch gleich null.

Im Plauener Gebiet schickt man unseren Genossen Flugblätter — zweiseitig Zeitungsformat — ins Haus und extra angeworbene „redegewandte Parteigenossen", die gegen Provision verlorengegangene Parteimitglieder zurückholen sollen, bearbeiten unsere Genossen, um sie zur Rückkehr zu bewegen und — was das Wichtigste scheint — zum Abonnement der „Volkszeitung" zu ermuntern. Aber auch hier kann die Leitung der „Volkszeitung" die Gewißheit haben, daß sie ihren vor dem Zusammenbruch stehenden Betrieb auf diesem Wege auch nicht mehr retten wird.

Die Enttäuschung im SPD-Lager darüber, daß das „Häuflein der SAP" auch nach der Wahl immer von sich reden macht und trotz der kostspieligsten Methoden nicht zu zermürben ist, ist groß. Die Strategen in der Zwickauer Bosenstraße und in der Plauener Parkstraße haben geglaubt, nach dem 31. Juli eine Leiche beerben zu können.

Es ist ihnen nun unangenehm, daß sie als betrogene Erbschleicher entlarvt sind.

Sacco, Vanzetti

Heute sind es 5 Jahre her, daß diese beiden Namen die ganze Welt erfüllten. Es ist der Tag, an dem der blutrünstige Dollarimperialismus die beiden erwiesenermaßen unschuldigen Anarchisten nach 7½jähriger Zuchthausqual durch den elektrischen Stuhl hinrichtete. Nie ist ein offiziell sanktionierter Mord an Revolutionären vom Kapital mit größerer Kaltblütigkeit und ausgesuchter Bestialität begangen worden, als hier von den in christlichen Phrasen schwimmenden Yankes der USA.

Ein Schrei der Empörung und Wut ging über die ganze Erde. Ungezählte Millionen Proletarier in allen Ländern, in den entlegendsten Städten und Bezirken der ganzen Welt demonstrierten an diesem Tag gegen diesen Mord, gegen den brutalen Kapitalismus. Aber gerade deshalb mußten Sacco und Vanzetti sterben. Heute ist der Proletariermord zur Tageserscheinung geworden. Für die Arbeiter der ganzen Welt ist daher der 24. August eine Mahnung, daß es für sie keine Brücke zum Kapitalismus geben kann, daß hier Todfeindschaft besteht und daß es für die Arbeiterklasse nur ein Ziel, einen leidenschaftlichen Kampf geben kann: Sturz des mörderischen kapitalistischen Systems!

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

25) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Die beiden Seeleute stehen an den Schornstein gedrückt. Bonczyk kann den Morsespruch nicht lesen, aber der Matrose entziffert Zeichen um Zeichen.

„Meine Fresse, meine Fresse — Menschl Brummschädel!"

„Was is denn nu los, nu sag's doch!"

„Die liegen da und können nicht weiter — die haben keinen Dampf mehr!"

Von achtern kommen einige Leute, die das Schiff ebenfalls gesehen und ebenfalls den Morsespruch abgelesen haben.

„Habt ihr gesehen?"

„Die wollen nicht mehr!"

„Die wollen keinen Vorstoß machen!"

„Die Heizer vom „König Albert"!"

„Was ist denn nu, was haben sie gemacht?"

„Was die gemacht haben? Sabotage!"

„Nu komm mir doch nicht mit so 'm Quatsch!"

„Ach so, dir muß man das ganz genau auseinanderpolken! Also du weißt doch, im Kessel, die undichten Rohre . . ."

„Die Heizschlangen!"

„Ja, die undichten Heizschlangen, die werden in der Werft doch immer verpflockt. Und diese Eisenpflöcke haben sie beim Feueranmachen rausgeschlagen! Und beim Fahren ist das Wasser durchgekommen, und die Feuer sind versoffen!"

„Die Heizer meutern!"

Die Matrosen auch!"

Schorsch und die Matrosen laufen mit der Nachricht in die Vorbatterie. Bonczyk steht wie angenagelt auf der Stelle. Vier Jahre lang hat er Kohlen vor die Feuer geschleppt, hat er Asche gehievt und Kessel gekloppt. Immer war er „der Schlepp", die letzte Hand und der letzte Dreck auf dem Schiff: „He, Brummschädel — Kohlen! Die Schlacken weg! Den Kaffee her! Der Trimmer da — räumen Sie mal die Schmiede auf! Kriechen Sie mal in das Aschloch rein! Fischen Sie mal die runtergefallenen Rostel" Auf See- und Hafenwachen oder beim Exerzieren — immer hat er den Zwang der Kriegsgesetze über sich gefühlt, vor denen es kein Entrinnen und gegen die es keine Auflehnung gab. Der Kohlenschlepper Jakob Bonczyk starrt in den Dunst, in dem das treibende Schiff verschwunden ist. Er sieht abwesend den vor Anker liegenden „Markgraf", von dem der schrille Ton einer Signalpfeife herüberweht, und er ist sekundenlang unfähig, etwas zu denken. Dann dreht er sich kurz um, läuft über das Deck zurück und verschwindet im Zugang zum Heizraum. So schnell er mit seinen Pantinen kann, klettert er die Steigeleiter zu den Kesselräumen hinunter . . .

Die Heizer meutern!

Die Matrosen auch!

Auf der Brücke steht der Kommandant starr wie ein Holz. Die deutsche Flotte soll zum Schlagen gegen die englischen Seestreitkräfte eingesetzt werden. Die Fahrt der Flotte soll der Heimat den Auftrieb zum Durchhalten geben und den gewaltigen Auftakt zur Nationalen Verteidigung bilden.

Wenn die Kanonen der Flotte sprechen, werden die schmählichen Friedensschwätzereien und die entehrenden Verhandlungen der neuen Zivilregierung verstummen müssen!

Aber die Ausfahrt wurde von Stunde zu Stunde verschoben. Und dann kamen alarmierende Nachrichten:

In der Schleuse haben Mannschaften ihre Schiffe verlassen. Die Matrosen von der „Helgoland" haben das Ankerlichten verhindert. Die Matrosen von der „Thüringen" ließen den Anker wieder fallen, nachdem er schon oben war und nachher verbarrikadierte sich die Mannschaft in der Vorbatterie. Und jetzt der Morsespruch: Sabotage auf „König Albert"! Der Kommandant gibt dem Signaloffizier die Kladde mit den eingetragenen Funk- und Morsesprüchen zurück.

„Die Nachricht bleibt ganz geheim, Herr Oberleutnant!"

„Jawohl, Herr Kapitän!" antwortet der Signaloffizier.

Aber die Nachricht springt bereits wie ein Funke durch das Schiff, durch die Kasematten und Gefechtstürme, durch die Kessel- und Maschinenräume: sie reißt die Matrosen hinter den Geschützen auf die Füße und setzt die Heizer in Bewegung.

Die Heizer meutern!

Die Matrosen auch!

Bonczyk hat Raumschuh geholt. Noch nie haben die beiden den Weg vom Heizraum durch die Schmiede und die eiserne Steigeleiter hoch so schnell zurückgelegt. Sie laufen durch die Kasematten und kommen in die Vorbatterie. Dort hat sich eine große Gruppe Matrosen angesammelt; auch die Heizer der Freiwache stehen dabei. Und alle schreien durcheinander, jede Vorsicht haben sie vergessen. „Viereinhalb Jahre haben wir geschuftet, und jetzt, wo der Friede kommt . . ." „Wo wir schon eine Volksregierung haben!" „Und Prinz Max schon Wilson Waffenstillstand angeboten hat . . ." „Jetzt, wo der Krieg verloren ist, noch ein Vorstoß!"

„Das ist wohl bloß wieder eine Scheißhausdepesche!"

„Wir sollen doch bloß zum Minenfischen rausfahren!"

Schorsch steht auf dem Kettenkasten:

„Was, Minenfischen? Du blinder Hund, kannst du nicht sehen, wo die Fahrt hingehen soll? Und die Farbe, die auf der Laufbrücke zum Schornsteinmalen klar steht, weißt du nicht, was das bedeutet? Und beim Navigationsoffizier liegen die Karten von der englischen Ostküste auf dem Tisch!"

„Nach England sollen wir!"

„Und alle versaufen!"

Das Getümmel von Gesichtern wird größer. Aus den Kasematten kommen noch mehr Matrosen, und aus den Kesselräumen noch mehr Heizer. Raumschuh hat sich nach vorn gedrängt und ist auf den Kettenkasten mit hinaufgestiegen. Er steht neben Schorsch, verschmiert und bis zum Gürtel nackt, nur um den Nacken hat er ein Schweißtuch hängen.

„Dieser Vorstoß ist Selbstmord — das ist doch ganz klar, den wollen unsere Offiziere machen, weil sie den Krieg verloren haben! Weil die Herren Angst vor der Zukunft haben und weil sie nachher arbeitslos sind! Und da sollen wir mit dabei sein! Dafür sollen wir unsere Knochen hinhalten!"

„Aha, hier spricht ‚Genosse Scheidemann'!"

„Halt die Schnauze oder ich stopp sie dir!"

Raumschuh braucht von seinem Kasten nicht erst herunterzusteigen. Einer der Umstehenden hat dem Flunky aus der Offiziersmesse schon einen Stoß in die Rippen gegeben.

„Den Schädel soll man ihm einhauen!"

„Die Knochen kaputt schlagen!"

„Ueberhaupt Scheidemann — der hat ja keine Ahnung!"

Der Flunky zieht sich nach dem Ausgang zurück. Ein paar Mann verstellen ihm den Weg.

„Hiergeblieben, das könnte dir wohl so passen!"

„In die Messe gehen und uns verpfeifen, was?"

„Laßt ihn schon laufen, das ist doch alles egal! Das Versteckspielen hat ein Ende. Wir müssen es so machen wie die auf dem „König Albert". Wir haben lange genug geheizt! Wir können auch mal anders!"

Draußen hört man laute Rufe. Ein paar Matrosen kommen in die Vorbatterie:

„Kommt an Deck, aber los, schnell!"

„An Deck, der „Markgraf"!"

„Was denn?"

„Was ist denn?"

„Die Heizer vom „Markgraf"!"

Der Ausgang aus der Vorbatterie und der enge Zugang zum Deck kann die Menge, die gleichzeitig hindurch will, kaum fassen. Es gibt Stöße und Hautabschürfungen. Und die an das freie Deck Gekommenen können im ersten Moment nicht sehen, was los ist.

Doch dann sehen sie, wie an den beiden mächtigen Schornsteinen des Linienschiffes „Markgraf" die Rauchfahnen abreißen und wie statt des dunklen Kohlenrauchs weißer Wasserdampf in dichten Ballen an den Nachthimmel hochsteigt.

(Fortsetzung folgt.)

„Vorstoß zum Sozialismus?“

Tarnow über Evolution und Revolution

So offenkundig und handgreiflich liegt heute der Bankrott des Reformismus zutage, daß auch seine redseligsten Verfechter ihn preiszugeben gezwungen sind. Vorbei ist die Zeit, da noch die Vorstellung von einem ununterbrochenen sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse die Köpfe erfüllte, da man überall die Merkmale einer werdenden neuen Gesellschaftsordnung erblickte, in der der Kapitalismus schon nicht mehr Kapitalismus, der Arbeiter nicht mehr nur Ausgebeuteter, sondern gleichberechtigter Anteilhaber an den Früchten des Wirtschaftens ist, vorbei auch die Zeit, wo man — wie dies in der wissenschaftlichen Zeitschrift des ADGB, der „Arbeit“, unbeanstandet geschehen konnte — vom sozialistischen Zukunftsstaat mißfällig und hohnlächelnd als von einem Stück „Metaphysik“, einem „Jenseits wie der christliche Himmel“ sprach. Schon im Februar dieses Jahres sah sich der ADGB-Vorsitzende auf einer Bundesausschußsitzung zu dem Geständnis genötigt, „daß die Lösung der Schwierigkeiten nicht auf der Ebene des Kapitalismus erfolgen könne und daß man demgemäß Lösungen im Sinne des Sozialismus suchen müsse“.

Plötzlich fanden es also selbst die Reformisten für zeitgemäß, auf die alten angeblich „welk gewordenen“ Formulierungen wieder zurückzugreifen. Das ist immerhin ein Fortschritt, zumal Leipart nicht der einzige ist, ein der Sozialismus ein Gegenstand des Gegenwartssehnens geworden ist. Schon auf dem Leipziger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei hatte ein anderer Führer des ADGB, Fritz Tarnow, sich zum Sozialismus als der einzigen „Generalidee“ bekannt, die es für die SPD gebe, ohne freilich zugleich auch einen Weg anzugeben, wie er sich die Verwirklichung dieser Generalidee denke. Unversehens entschlüpfte ihm damals im Gegenteil das Geständnis, daß ihm die Erhaltung und Wiedergesundung der bestehenden Wirtschaft und damit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung dringendere Sorgen bereite, als deren Umwandlung in eine sozialistische, so daß vom Sozialismus eigentlich nichts übrig blieb, als die Formulierung eines bloßen Zukunftswunsches.

Heute sind die Dinge offenbar auch für Tarnow soweit geklärt, daß der Sozialismus nicht nur mehr Zukunftswunsch, sondern praktische Gegenwartsaufgabe geworden ist. Ausgerechnet ihn hat sich darum der „Vorwärts“ auch verschrieben, um den „Vorstoß zum Sozialismus“, den die in großer Zahl angefertigten Gesetzentwürfe, mit dem die SPD den neuen Reichstag aufwarten will, angeblich darstellen, zu begründen und zu erklären. Man sich könnte die Wahl dieser Person überraschen, aber im Lager des ADGB ist Tarnow nicht nur einer der wenigen, die schreiben können, sondern der auch hinreichende Skrupellosigkeit besitzt, um sich den Zeitnotwendigkeiten anzupassen. Tarnow war es, der seinerzeit den Begriff der „Wirtschaftsdemokratie“ entdeckte, der die Fordschen Ausbeutungsmethoden über den grünen Klee lobte und die Rationalisierung ebenso begeistert als das Mittel pries, das Elend noch im Kapitalismus zu überwinden. Mehr noch: Derselbe Tarnow wollte in seiner Schrift „Warum arm sein?“ die große, die Lehren Karl Marx' endgültig und unwiderruflich aufhebende Entdeckung gemacht haben, „daß der Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital die Abhängigkeit des Kapitals vom Arbeiterkonsumenten an die Seite tritt“, und daß somit der Kapitalist schon aus seinem eigenen Interesse gezwungen sei, für steigende Löhne der Arbeiterschaft zu sorgen. Tarnows Schrift, in der er also „einem dogmatischen Fatalismus, der das Elend und die immer weiter zunehmende Verelendung der Arbeitermassen als unüberwindliches Naturgesetz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ auf den Leib rückte, erschien vor noch nicht vier Jahren.

Es ist nun durchaus keine Schande, daß man seine schlechten Erkenntnisse mit besseren vertauscht, denn niemand wird es einem andern verargen, daß er sein Wissen um die Dinge nach Maßgabe der Erfahrung erweitert. Wir registrieren es darum durchaus als einen Fortschritt, wenn Tarnow jetzt im „Vorwärts“ vom 21. August 1932 bekennt: „Mit einer Anschaulichkeit wie noch niemals in der bisherigen Wirtschaftsgeschichte, offenbart sich aber die gräßliche Mechanik des kapitalistischen Systems. Jede außerordentliche Steigerung der produktiven Kräfte führt automatisch nicht zu einem Aufstieg, sondern zu einem Absturz der allgemeinen Lebenshaltung“, nur müssen wir daran erinnern, daß gerade Tarnow ausgezogen war, dieses Gesetz von der „gräßlichen Mechanik des kapitalistischen Systems“ mit aller Leidenschaft und Anmaßung zu leugnen und in den Arbeitermassen jene beglückende Vorstellung von dem ständig gutgedeckten Tisch des Kapitalismus und damit von der Verträglichkeit der Arbeiterinteressen mit den Kapitalinteressen zu wecken.

Diese Erinnerung betrifft aber auch ganz deutlich mehr als nur die Person Tarnows und den Wert seiner theoretischen Kenntnisse vom Kapitalismus. Auf den früher von Tarnow entwickelten Anschauungen war nämlich das ganze Wirken des Reformismus aufgebaut und beruhte nicht zuletzt die während der ganzen Jahre von den Gewerkschaften in den entscheidenden Fragen eingenommene Haltung. Weil man der Meinung war, daß der Kapitalismus aus sich selber Gesetze entwickle, die zum Guten der Arbeiterklasse ausschlagen, weil man die Marxschen Verelendungstheorien bestritt und einen Kapitalismus zugrunde legte, der um alle Klassen ein Band der Harmonie schlinge und sie zu einer Schicksalsgemeinschaft vereine, darum bejahten Gewerkschaften und Sozialdemokratie alle Einrichtungen des kapitalistischen Staates, darum entwöhnten sie die Arbeiter selber den Kampfes und darum schütteten sie über alle, die unentwegt an der Notwendigkeit des Sozialismus festhielten und die Massen für die Erkämpfung dieses Ziels aufrüttelten, ihren Spott aus. Jetzt dagegen, wo die Reformisten selber genötigt sind, den Sozialismus als Tagesforderung zu erheben, sehen sie die Schuld für das schwache Echo, das sie damit auslösen, nicht etwa bei sich selber, sondern führen diese auf mehr oder weniger zufällige Umstände zurück. So erklärt Tarnow: „Daß nun zwar in einer für den Sozialismus ökonomisch so günstigen Situation der politische Einfluß unserer Bewegung zurückgedrängt worden ist, daß die kapitalistische Klasse zur Zeit wieder Oberwasser bekommen hat, das bedeutet gewiß wiederum eine Tragik.“

Leider ist diese Tatsache nicht zu bestreiten, aber Verwunderung kann sie nur bei denen erregen, die entweder jeder Vernunft bar sind, oder aber sich selber weniger ernst nehmen als sie es von andern verlangten. Wer jedenfalls wie die Tarnow und seine Freunde den Sozialismus jahrelang eingesargt und seine Ueberflüssigkeit oder doch zumindest seine Inaktualität nachgewiesen hatte, der hat getan, was zu tun ist, um die Arbeiter vom Sozialismus abzuwenden. So ist der von Tarnow jetzt festgestellte Widerspruch zwischen der ökonomischen Reife für den Sozialismus und dem Entwicklungsgrad der sozialistischen Bewegung denn auch nicht Tragik schlechthin, sondern eben die Tragik des Reformismus im allgemeinen und der Tarnow und Genossen als dessen lauteste Künder im besonderen. Man kann eben nicht jahrelang Kapitalismus predigen, um dann plötzlich Sozialismus ernten zu wollen. Die breite Masse bewegt sich sehr viel träger.

Vor allem aber: die Masse ist auch mißtrauisch gegenüber Führern, die gestern noch das Gegenteil von dem sagten, was sie heute verkünden. Und so sehr darum Tarnow selber davon überzeugt sein mag, daß „schon die Tatsache, daß diese Anträge die Nutzanwendung des freigewerkschaftlichen Aktionsprogramms für den Umbau der Wirtschaft darstellen“, diese vor dem Verdacht schützen müsse, „als ob es sich dabei um die Befriedigung eines bloßen Agitationsbedürfnisses oder etwa nur um ein parlamentarisches Manöver zur Entlarvung des Scheinsozialismus handelte“, so wenig erhalten die sozialdemokratischen Anträge hierdurch ein größeres Gewicht. Mit Recht frägt man sich, warum die Sozialdemokratie und warum die Gewerkschaften mit solchen Forderungen nicht zu einer Zeit herausgekommen sind, da die politischen Voraussetzungen zu ihrer Verwirklichung unbeschreiblich günstiger waren als heute, wie man sich auch weiter frägt, ob wirklich diejenigen, die doch bisher von tausend Rücksichten auf den Kapitalismus erfüllt waren, die qualifizierten Wegbereiter zum Sozialismus seien.

Vorstoß zum Sozialismus? Wir werden in weiteren Aufsätzen zeigen, wie wenig die von der Sozialdemokratie im Reichstag eingebrachten Anträge als ein solcher anzusprechen sind.

Hier sei nur erinnert, daß noch immer dann, wenn SPD und Gewerkschaften in ihrem eigenen Schoße mit einer Welle der Beunruhigung zu rechnen hatten, jedesmal prompt auf die alten Konzepte und Formulierungen der Vorkriegszeit zurückgegriffen wurde. „Die Sozialisierung marschiert“ hat schon Scheidemann einmal von den Litfaßsäulen verkünden lassen, als der Zorn der Arbeitermassen aufloderte. Der Argwohn ist berechtigt, als ob auch dieser „Vorstoß zum Sozialismus“ nur den Zweck verfolge, die Massen der Eisernen Front über die tatsächliche Inaktivität von SPD und Gewerkschaften hinwegzutäuschen.

Schließlich: der Reformismus wird nicht dadurch besser, daß man die alten Forderungen durch neue ersetzt. Der Sozialismus hat zur Voraussetzung die Aufhebung des Privateigentums. Sein Weg führt über die Vernichtung der Bourgeoisie hinweg. Der Sozialismus ist darum nicht, wie auf dem Leipziger Parteitag der SPD verkündet wurde, ein Prozeß des Wachstums, ein Prozeß der Evolution, sondern ein Akt der Revolution. Anträge im Parlament haben allenfalls nur einen Sinn, wenn sie ausschließlich darauf ausgerichtet sind, den außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterklasse zu befruchten und diese zu der offenen Auseinandersetzung im Zusammenprall der Klassen zu mobilisieren. Mit anderen Worten: wer den Sozialismus will und ihn als Gegenwartsforderung aufstellt, der muß den Reformismus abschwören und sich zur Revolution bekennen.

Wie steht es hierum bei der Führung der SPD? Es ist immerhin bezeichnend, daß sogar Tarnow es für notwendig erachtet, im Zusammenhang mit den sozialdemokratischen Anträgen die Frage „revolutionär oder evolutionär?“ aufzuwerfen. Die Antwort, die er freilich darauf gibt, läßt keinen Zweifel darüber bestehen, daß der Gedanke eines revolutionären Eingreifens in die Entwicklung durch die Arbeiterschaft für ihn nicht in Frage kommt. Für Tarnow reduziert sich die Frage nämlich auf eine Frage des Tempos. Geht die Umbildung langsam, dann ist sie evolutionär, vollzieht sie sich rascher, dann ist sie revolutionär. Für Tarnow sind „revolutionär“ und „evolutionär“ somit ein und derselbe Begriff und bleibt der Sozialismus ein ausschließlicher Prozeß des Wachstums.

Tarnow verläßt sich also nach wie vor auf die Dynamik der Dinge und mißt den Menschen hierbei nur eine sekundäre Rolle bei, während es doch offenkundig sein muß, daß just das Gegenteil der Fall ist. Nicht die Dinge an sich treiben zum Sozialismus, sondern Sozialismus wird nur, wenn die Menschen ihn wollen. Wollen heißt aber: erkämpfen, und zwar erkämpfen gegen die Bourgeoisie und gegen den bürgerlichen Staat, heißt also die Entscheidung im revolutionären Ringen von Klasse zu Klasse herbeiführen. Ohne diesen Entschluß zum revolutionären Handeln bleiben alle noch so schönen Gesetzentwürfe ein Fetzen Papier und lohnen die Mühe nicht, die darauf verwendet wird. Denn niemals wird das Bürgertum auf seine Privilegien verzichten, ohne sich mit Zähnen und Klauen zur Wehr gesetzt zu haben. Es tut es nicht auf tiefstehender Produktionsstufe, es tut es noch weniger auf einer hochstehenden.

Tarnow, der in seinem „Vorwärts“-Aufsatz mit geradezu verblüffender Leichtigkeit entscheidende, allerdings längst unhaltbar gewordene Positionen des Reformismus preisgegeben hat, steht darum heute auf keinem solideren Fundament als vordem. Es muß schlecht bestellt sein um eine Aktion, die der Anwaltschaft eines derartigen notorischen Schwätzers bedarf.

E. Weckerle.

XX. Verbandstag der Metallarbeiter

(Von unserem Sonderberichterstatter)

Eröffnung

Dortmund, 22. August.

Nach einer allgemeinen Begrüßungsfeier am Sonntag wurde hier am Montag der 20. Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eröffnet. Von den einleitenden Begrüßungsansprachen des Dortmunder DMV-Bevollmächtigten Otto Schmidt, dem Bürgermeister Hirsch, Verbandsvorsitzenden Reichel und dem Vertreter des JGB Ilg, ist besonders die des letzteren erwähnenswert, die sich in folgenden Behauptungen verstieg:

Jede Kritik an der Gewerkschaft ist heute unangebracht und zwecklos. (!) Alle Organisationen haben getan, was sie tun konnten, um die mit der weiteren Verschärfung der Krise begleitenden Auswirkungen gegen die Arbeiterschaft zu bekämpfen. Trotz seiner anschaulichen Schilderung der Krise führte er als Hauptgrund für die immer gefährlicher werdende Lage der Arbeiterschaft die weitere Verbreitung des Bolschewismus an. (Das ist für den Mann heute die Hauptsorge! D. Red.) Der Bolschewismus habe die Arbeiterschaft gespalten und ihre Kampfkraft gelähmt.

Nach den Reden anderer ausländischer Vertreter kamen dann verschiedene

Anträge zur Geschäftsordnung

zur Abstimmung. Die Anträge der oppositionellen Delegierten, zu den verschiedenen Kommissionen je einen Vertreter der Opposition zuzulassen, wurden gegen wenige Stimmen von der reformistischen Mehrheit abgelehnt. Es zeigte sich, daß die Gewerkschaftsbürokratie gegenüber dem letzten Verbandstag in Berlin eine erhebliche Verschlechterung der Geschäftsordnung zur Abwürgung oppositioneller Anträge durchsetzte. Während bei dem Berliner Verbandstag zur Einbringung eines schriftlichen Antrages die Unterschrift von 7 Delegierten genügte, kam jetzt ein Antrag zur Annahme, der dafür 10 Prozent aller anwesenden Delegierten vorsieht, das bedeutet praktisch, daß bei den anwesenden 283 Delegierten 28 Unterschriften zu derartigen Anträgen erforderlich sind. Ebenso verfiel ein Antrag Walcher, Enderle, Berlin und W. Müller, Gevelsberg, auf Umstellung der Tagesordnung und Behandlung des Themas: Wirtschaftskrise, Faschismus und die Aufgaben der Gewerkschaften der Ablehnung.

Graßmann vom AGDB wies in seiner Begrüßungsansprache auf die bevorstehenden weiteren Unterdrückungsabsichten der Unternehmerschaft hin, die auf Beseitigung des Tarifwesens, des Schlichtungswesens und Einführung von willkürlichen Werkslöhnen abzielen. Aber, so sagt er: „Wir sind überzeugt, daß wir auch dieser Schwierigkeiten Herr werden“. Die Gewerkschaften haben immer die richtige Politik geführt, nur früher wäre die Arbeiterschaft zum richtigen „Schuster“ gegangen, während sie heute in verschiedene Fronten auseinandergefallen sei. Er schloß mit dem Appell, die Organisationen im Kampf gegen den natürlichen Gegner zu stärken. Es folgte der vom Verbandsvorsitzenden Brandes gegebene

Vorstandsbericht

Aus dem sehr umfangreichen, schriftlich ausgearbeiteten Referat von Brandes können wir nur das Wesentliche wiedergeben. Er führte aus:

Zwischen den Verbandstagen von Berlin und Dortmund liegen zwei Jahre, die an Schwere für die Gewerkschaften in der Vergangenheit kaum überschritten werden. Die Hoffnung der Menschheit (die Illusion der Gewerkschaftsführung, der B.), daß das Jahr 1931 den Tiefstand der mit der Krise verbundenen wirtschaftlichen Zerrüttung bringe, dem dann spätestens 1932 der Wiederaufstieg folgen würde, hat sich nicht erfüllt. Die industrielle Weltproduktion, 1928 mit 100 angenommen, ging bis Juni 1932 auf 67 zurück. Die Industrien aller Länder zusammengenommen produzieren jetzt 10 Prozent weniger als 1913, obwohl seitdem die Weltbevölkerung um 12 Prozent gestiegen ist. Die Produktionsmittelindustrie, zu denen die Metallindustrie gehört, sind am härtesten betroffen. Wurde 1930 noch von einer Konjunkturkrise gesprochen, so 1931 nicht mehr. Es ist eine schwere Krise des kapitalistischen Systems selbst. Das kapitalistische System hat die Fähigkeit verloren, von sich aus die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Es ist immer mehr zum Hemmnis der Wirtschaft geworden. Das deutsche Unternehmertum kannte wieder nur ein Rezept gegen die Krise: Abbau des Lohnes und der Sozialversicherungsleistungen, insbesondere der Arbeitslosenunterstützung.

Brandes gibt dann detaillierte Zahlen über den wirtschaftlichen Tiefstand der deutschen Metallindustrie, der sich darin äußert, daß im Dezember 1931 insgesamt 921 000 Metallarbeiter Arbeit suchten, von den Mitgliedern des DMV 41,6 v. H. vollerwerbslos und 32,3 Kurzarbeiter, d. h. nur noch 26,1 v. H. im Juni 1932 nur noch 23 Prozent voll beschäftigt waren.

Wir haben den Lohnabbau auf die Dauer nicht verhindern können, die eigentlichen brutalen Pläne der Scharfmacher aber doch wesentlich gestört. (!) Im Jahre 1930 verzeichneten wir 518 Bewegungen mit 956 000 Personen in 21 000 Betrieben. Dabei kam es zur

Arbeitseinstellung oder Aussperrung

in 131 Fällen mit 186 000 Beteiligten und einem Arbeitsausfall von 1 582 000 Tagen. Im letzten Jahre hatten wir 1484 Bewegungen mit 58 000 Betrieben und einer Belegschaft von 2 670 000. Zur Arbeitseinstellung kam es dabei in 133 Fällen mit 62 677 Beteiligten und einem Ausfall von 540 900 Arbeitstagen. Bei den

Neuabschlüssen der Mantel- und Lohnverträge

im Jahre 1932 handelt es sich in der Hauptsache um Aenderungen der Urlaubsdauer und -Vergütung. Sie sind mit dem ausdrücklichen Hinweis erfolgt, daß sie nur für das Krisenjahr 1932 gelten. (Das soll wohl die jetzigen Abschlüsse der schlechten Tarife entschuldigen. Die Red.)

Noch besteht das große Tarifgebäude der Gewerkschaften, dieses Hindernis eines völligen Lohnabsturzes. Die Scharfmacher wollen es zerstören, der Grundsatz der Unabdingbarkeit der Tarifverträge soll fallen, lediglich Lohnrichtsätze sollen aufgestellt werden.

Wenn die Unabdingbarkeit aufgegeben wird, ist der Tarifvertrag praktisch erledigt und damit ein schwerer Schlag gegen die Rechtsstellung der Arbeiter in Staat und Wirtschaft geführt.

Die Scharfmacher verlangen, daß die Verbindlichkeitserklärung auf ganz vereinzelte Ausnahmefälle beschränkt, am besten wohl das ganze Schlichtungswesen beseitigt wird. Die Gewerkschaften haben das Schlichtungswesen gefordert und bisher verteidigt, auch dann noch, als vereinzelte Zwangsschiedssprüche ergingen, welche die Empörung der Arbeiterschaft mit Recht hervorriefen. Sie pfeifen aber auf das Schlichtungswesen, wenn es offenbar nur angewendet werden soll in Fällen, wo die Arbeiterschaft mächtig genug ist, ihren Willen durchzusetzen. (Endlich fangen auch die Verbandsführer an, etwas zu merken.)

Brandes sprach dann über die Notwendigkeit der 40-Stundenwoche, der Arbeitsbeschaffung, die durch Reichstagsauflösung und neue Regierung gestört worden sei, gegen Autarkie. Große Hoffnungen setzt er auf — die Anträge der SPD-Reichstagsfraktion. Sie sollen „die Nazis entlarven, die Wirtschaft beeinflussen, die Massenarbeitslosigkeit stark vermindern. Sie sollen schließlich das System des Kapitalismus treffen, die Planlosigkeit in der Wirtschaft beseitigen, die planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft schaffen. Versagt der Reichstag, dann wird mit dem Volksentscheid vorgegangen werden.“ (Also Fortsetzung der parlamentarischen Illusionspolitik, statt endlich den außerparlamentarischen Massenkampf aufzunehmen.) Brandes erklärte wörtlich:

„Den Gewerkschaften wird vorgeworfen, ihre Politik sei falsch gewesen. Sie habe sich auf die Demokratie gestützt, den Staat verteidigt, statt rücksichtslos über die Interessen dieses Staates die außerparlamentarischen Machtmittel einzusetzen.

Sie vergessen oder wollen nicht sehen, daß wir mit dieser Politik einen erheblichen Aufstieg bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise erreicht haben. Ueber das sozialistische Ziel sind wir einig. Die Voraussetzung für seine Erreichung ist die politische Macht. Wir wollen sie erreichen, durch Gewinnung der Köpfe. Dazu brauchen wir den Kampfboden der Demokratie. Sie ist nicht Selbstzweck, wohl aber eine sichere (!) Methode als Putsch und Bürgerkrieg. Denn alles Gerede über Generalstreik läuft letzten Endes doch auf die Entfachung des Bürgerkrieges hinaus.

. . . Wir haben in Deutschland nur deshalb mit dem Faschismus als politischem Faktor zu rechnen, weil der Bolschewismus den Boden bereitet hat.“

Mit einer scharfen Polemik gegen die KPD verteidigt der Referent ihre „wirklich ehrliche Einheitsfrontpolitik“.

Zum Schluß behandelte Brandes die inneren Verbandsfragen, den Anschluß des Kupferschmiedeverbandes, Unterstützungswesen, Verwaltung, Schulungs- und Bildungsarbeit usw., wobei er der aufopfernden Tätigkeit der Funktionäre gedenkt.

(Mit dem Schluß des Referats wurden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.)